

Sitzung vom 16.6.2026

Die unterfertigten Bezirksrät:innen der SPÖ, Grünen, ÖVP, NEOS, KPÖ, Links, FPÖ stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den Abschnitt entlang der Bahntrasse zwischen Schweidlgasse und Taborstraße, Wien 2, in „Amalia-Carneri-Park“ zu benennen.

Begründung

Mit der Benennung dieses Abschnitts soll Amalia Carneri (1875–1942), die vom nationalsozialistischen Regime aus Wien deportiert und ermordet wurde, gewürdigt werden. Die Wahl eines Abschnitts entlang der Bahntrasse erfolgt nicht zufällig: Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik war untrennbar mit Deportationen per Bahn verbunden. Züge waren das zentrale Instrument, mit dem hunderttausende Menschen verschleppt und in die Vernichtungslager gebracht wurden. Die Leopoldstadt war über Jahrzehnte ein Zentrum jüdischen Lebens in Wien – und wurde zugleich zu einem zentralen Ort der Entrechtung und Deportation.

Mit dem Amalia-Carneri-Park wird ein Ort geschaffen, der Geschichte sichtbar macht und zum Innehalten, Erinnern und Nachdenken einlädt.

Biografie

Amalia Carneri, auch Amalie Carneri, geboren als Amalie Malka Kanarvogel am 12. September 1875 in Rzeszów (Galizien, damals Österreich-Ungarn), lebte über viele Jahre in Wien. Ihre letzte bekannte Wohnadresse war Untere Donaustraße 33.

Am 10. September 1942 wurde Amalia Carneri vom nationalsozialistischen Regime aus ihrer Wiener Wohnung deportiert und in das Ghetto Theresienstadt verschleppt. Nur wenige Tage später, am 29. September 1942, wurde sie – im Alter von 67 Jahren – gemeinsam mit 2.001 weiteren jüdischen Frauen und Männern in das Vernichtungslager Treblinka deportiert. Niemand aus diesem Transport überlebte.

Ihr Schicksal steht stellvertretend für tausende jüdische Wienerinnen und Wiener, die entrechtet, beraubt, deportiert und ermordet wurden – oft aus ihrer unmittelbaren Wohnumgebung heraus, unter Mitwissen und Beteiligung staatlicher Behörden.

Sitzung vom 16.6.2026

Die unterfertigten Bezirksrät:innen der **SPÖ, Grünen, ÖVP, NEOS, KPÖ, Links, FPÖ** stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den Abschnitt entlang der Bahntrasse zwischen Schweidlgasse und Am Tabor, Wien 2, in „Anna-Peczenik-Park“ zu benennen.

Begründung

Mit der Benennung dieses Abschnitts soll Anna Peczenik (1911–1944), eine ehemals in der Praterstraße 24 wohnhafte antifaschistische Widerstandskämpferin, gewürdigt werden.

Die Wahl eines Abschnitts entlang der Bahntrasse erfolgt nicht zufällig: Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik war untrennbar mit Deportationen per Bahn verbunden. Züge waren das zentrale Instrument, mit dem hunderttausende Menschen verschleppt und in die Vernichtungslager gebracht wurden. Die Deportationen wurden von den nationalsozialistischen Behörden stets streng organisiert und geheim gehalten, um Widerstand zu minimieren.

Die Leopoldstadt war über Jahrzehnte ein Zentrum jüdischen Lebens in Wien – und wurde zugleich zu einem zentralen Ort der Entrechtung und Deportation.

Mit dem Anna-Peczenik-Park wird ein Ort geschaffen, der Geschichte sichtbar macht und zum Nachdenken über die Bedeutung von Widerstand einlädt.

Biografie

Anna Peczenik, geboren als Anna Gadol, wurde am 9. Februar 1911 in Sofia geboren. Während des Ersten Weltkriegs zog sie gemeinsam mit ihren Eltern nach Wien. Ab dem 6. Juni 1917 war sie in der Praterstraße 24 im 2. Bezirk polizeilich gemeldet. In Wien besuchte sie die Volksschule und sechs Klassen Realgymnasium. Daraufhin machte sie eine Ausbildung zur Montessori-Kindergärtnerin.

Bereits als Jugendliche war sie politisch aktiv. 1931 trat sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Hermann Peczenik der KPÖ bei. Ebenfalls im Jahre 1931 fand die Hochzeit der beiden im Tempel der türkisch-israelitischen Gemeinde im 2. Bezirk in der Zirkusgasse statt. Am 18. November 1933 wurde Tochter Hanja geboren.

1934 wurde Anna Peczenik, nachdem im Rahmen einer Hausdurchsuchung kommunistische Propaganda-materialien bei ihr gefunden wurden, erstmals festgenommen und mit sechs Wochen Gefängnis bestraft. Kurze Zeit später wurde sie wegen Teilnahme an einer geheimen kommunistischen Versammlung neuerlich verhaftet und für mehrere Wochen inhaftiert. Es folgte die Abschiebung. Nach einem missglückten Rückkehrversuch nach Wien begaben sich Anna Peczenik und ihr Mann schließlich nach Prag. In Tschechien arbeitete sie als Stenotypistin.

1937 führte Anna Peczeniks Weg sie nach Paris, um eine Ausbildung zur Krankenschwester zu absolvieren und sich in weiterer Folge in Spanien der Internationalen Brigade anzuschließen. Im Laufe der drauffolgenden Jahre gelangte Anna Peczenik wieder zurück nach Frankreich. Von hier aus wurde sie 1942 als französische FremdarbeiterInnen getarnt und mit falschen Personalpapieren ausgestattet von der KPÖ zurück nach Österreich geschleust. Ihre Aufgabe hierzulande bestand darin, die von der Gestapo zerstörten kommunistischen Parteistrukturen wieder aufzubauen und damit Widerstandsnetze zu reaktivieren.

1943 reiste Anna Peczenik zurück nach Paris und konnte so ihrer Enttarnung und Verhaftung in Österreich vorerst entgehen. Im Sommer 1944 wurde sie schließlich in Paris von der Gestapo gefasst. Von dort wurde sie in das KZ Ravensbrück deportiert und schließlich in ein Außenlager bei Magdeburg, wo sie in einer Munitionsfabrik der Zwangsarbeit nachgehen musste, gebracht.

1944 wurde sie vermutlich um Weihnachten im KZ Buchenwald ermordet. Die Umstände ihres Todes wurden nie endgültig geklärt. Was bleibt ist die Erinnerung an eine engagierte, mutige Frau, die ihr Leben im Widerstand gegen den Faschismus und für die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus gegeben hat.

Sitzung vom 16.6.2026

Die unterfertigten Bezirksrät:innen der **SPÖ, Grünen, ÖVP, NEOS, KPÖ, Links, FPÖ** stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den Platz an der Ecke Taborstraße/Nordbahnstraße/Alliiertenstraße in 1020 Wien nach „Susanne Schüller (Künstlername: Soshana)“ in „**Soshana-Platz**“ zu benennen.

Begründung:

Soshana hatte in unmittelbarer Nähe, in der Lampigasse, gelebt und stets einen starken Bezug zur Wiener Leopoldstadt gehabt. Im Jahr 2027 jährt sich ihr Geburtstag zum hundertsten Mal. Dieses Jubiläum bietet einen besonderen Anlass, ihr Leben und ihre internationale Bedeutung als Künstlerin sichtbar zu würdigen und an sie im öffentlichen Raum zu erinnern.

Biografie:

Susanne Schüller wurde am 1. September 1927 in eine jüdische Familie in Wien geboren. Vater Fritz Schüller besaß eine Manschettenknopffabrik, Mutter Margarethe Schüller war Bildhauerin. Sie besuchte zunächst die Rudolf-Steiner-Schule, danach die alternative Schwarzwaldschule.

Nach dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 floh sie gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrem Bruder zunächst in die Schweiz, später nach Paris. 1939 erfolgte die Weiterreise nach England, wo sie die Chelsea Polytechnic School besuchte, Mal- und Zeichenkurse belegte und eine Ausbildung zur Modezeichnerin absolvierte.

1941 emigrierte sie in die Vereinigten Staaten. Dort schuf sie zahlreiche Porträts bedeutender Schriftsteller, Musiker, Wissenschaftler und Staatsmänner, darunter Thomas Mann, Arnold Schönberg, Lion Feuchtwanger, Franz Werfel, Otto Klemperer, Bruno Walter, Theodore Dreiser und Hanns Eisler. Nach ihrer Heirat mit dem Maler Beys Afroyim wurde 1946 der gemeinsame Sohn Amos geboren. 1948 fand ihre erste große Ausstellung im Círculo de Bellas Artes in Havanna statt. Ab diesem Jahr trat sie unter dem Künstlernamen „**Soshana**“ auf. In den 1950er-Jahren kehrte sie nach Wien zurück und studierte an der Hochschule für angewandte Kunst sowie an der Akademie der bildenden Künste. In dieser Zeit pflegte sie intensive Kontakte und Freundschaften mit bedeutenden Künstlerinnen und Künstlern des internationalen Kunstgeschehens, darunter František Kupka, Auguste Herbin, Ossip Zadkine, César, Édouard Pignon, Jean Bazaine, Max Ernst, Yves Klein, Alexander Calder, Wifredo Lam, Sam Francis, Lucio Fontana, Guiseppe Gilioli sowie Jean-Paul Sartre.

1953 arbeitete Soshana im ehemaligen Atelier von Paul Gauguin – zuvor genutzt von Alfons Mucha – in der Rue de la Grande Chaumière in Montparnasse. 1954 wurde sie von Pablo Picasso porträtiert.

In den 1970er-Jahren lebte sie abwechselnd in Jerusalem und New York, bevor sie 1985 dauerhaft nach Wien zurückkehrte. Wien blieb bis zuletzt ihr Lebensmittelpunkt. Ihrer ausgeprägten Reiselust ging sie bis etwa 2005 nach, als ihr gesundheitlicher Zustand weitere Reisen nicht mehr zuließ.

Am 2. September 2009 wurde Soshana mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet. Am 27. Mai 2010 erhielt sie das Große Ehrenkreuz der Republik Österreich für Wissenschaft und Kunst. Soshana starb am 9. Dezember 2015 in ihrem 89. Lebensjahr in ihrem Geburtsort Wien.

Ausstellungen (Auswahl)

1948: Circulo de Bellas Artes, Havanna
1957: Imperial Palace, Peking
1960: Museo de Arte, São Paulo
1961: Soshana, Musée Picasso, Antibes
1966: Museo de Arte Moderno, Mexiko-Stadt
1973: Old Jaffa Gallery, Israel
1976: Modern Art Centre, Zürich
1982: Horizon Gallery, New York
1997: Soshana-Retrospective, Palais Pálffy, Wien
1998: Lentos Museum, Linz, Österreich
1999: Musée Matisse, Le Cateau-Cambrésis, Frankreich
2006: Buch-Präsentation, Jüdisches Museum, Wien
2007: Siddhartha Art Gallery, Kathmandu, Nepal; Agora Gallery, New York; Givatayim Theater, Israel
2008: Khalil Sakakini Cultural Center, Ramallah, Westbank; City Council of Lima, Pancho Fierro Art Gallery, Peru
2009: Yeshiva University Museum, New York; National Bank von Serbien, Belgrad; UCLA Hillel Museum, Los Angeles
2012: Lilly's Art, Wien; Ausstellung anlässlich Soshanas 85. Geburtstages
2013: Galerie des National Museum Bahrain
2013: Galizisch-Jüdisches Museum Krakau, Polen
2013: Österreichische Nationalbibliothek, Wien
2013: Galerie Art Couture Dubai, UAE
2013: Al-Babtain Library Kuwait
2014: Galerie del Ponte Turin, Italien
2014: Galerie Szaal, Wien
2015: Theater Nestroyhof/Hamakom, Wien
2015: Deutschvilla Strobl am Wolfgangsee, Österreich
2015: Gallery Lendnine, Graz
2016: Galerie Art Couture Dubai, UAE
2017: Kunsthall Oslo mit dem Edvard Munch Museum Oslo, Norwegen
2017: Österreichischen Kulturforum Istanbul, Türkei
2017: Österreichisches Kulturforum Neu Delhi, Indien
2018: Österreichisches Kulturforum London, Vereinigtes Königreich
2018: Kunstraum Dr. David, Wien, Österreich
2018: ARCC, Wien. Österreich

2018: Galerie ART nou mil.lenni, Barcelona, Spanien
2018: Goetheinstitut Shanghai, China
2019: Stadtgalerie Kitz-Art, Kitzbühel, Österreich
2019: Kleine Galerie, Wien, Österreich
2019: Weltmuseum Wien, Heldenplatz, Österreich
2019: Shanghai Art Collection Museum, China
2020: Amart Galerie – Austrian Modern Art, Wien, Österreich
2020: Deutschvilla Strobl, Strobl am Wolfgangsee, Österreich
2021: Fondazione Centro Giacometti, Schweiz
2021: Deutschvilla Strobl, Strobl am Wolfgangsee, Österreich
2022: Palais Palffy, Wien, Österreich
2022: Deutschvilla Strobl, Strobl am Wolfgangsee, Österreich
2022: Never at Home, Wien, Österreich
2022: Albertina Modern, Wien, Österreich
2022: JAM Gallery Luzern, Schweiz
2022: Kleine Galerie, Wien, Österreich
2023: Deutschvilla Strobl, Strobl am Wolfgangsee, Österreich
2024: Hessen Kassel Heritage, Kassel, Deutschland

Sitzung vom 16.6.2026

Die unterfertigten Bezirksrät:innen der **SPÖ, Grünen, ÖVP, NEOS, KPÖ, Links, FPÖ** stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Grünfläche zwischen Stephanie-Endres-Straße 1, Meiereistraße 1 und Handelskai 320 in 1020 Wien nach „Ruth Langer“ in „**Ruth-Langer-Park**“ zu benennen.

Begründung:

Ruth Langers Sportkarriere begann beim jüdischen Sportverein Hakoah Wien, welcher sich in unmittelbarer Nähe zum zu benennenden Park befindet.

Biografie:

Ruth Langer wurde am 21. Mai (andere Quellen sprechen vom 5. Mai) 1921 in Wien geboren. Schon mit 11 Jahren begann ihre Schwimmkarriere im jüdischen Sportverein Hakoah Wien. Sie repräsentierte Österreich bei der Makkabiade 1935 im Mandatsgebiet Palästina, wo sie Bronze in der Kategorie *200 Meter Brustschwimmen* gewann.

Mit 14 Jahren wurde sie 1936 österreichische Meisterin. Aufgrund der NS-Politik in Deutschland, boykottierte sie zusammen mit zwei weiteren Schwimmerinnen der Hakoah Wien (Judith Deutsch und Lucy Goldner) die Olympischen Spiele 1936. Obwohl ihre Weigerung nach den Vorschriften des Internationalen Olympischen Komitees und des Österreichischen Olympischen Komitees zulässig war, wurden sie auf Lebenszeit gesperrt und ihre Titel aberkannt. Die Tilgung der Rekorde wurde erst 1995, 4 Jahre vor Langers Tod, aufgehoben.

Nach dem sogenannten „Anschluss“ 1938 gelang es Langer im Juni mit einem gefälschten Taufschein nach Italien zu fliehen. Von dort aus setzte sie ihre Flucht in das Vereinigte Königreich fort. Dort nahm sie im selben Jahr am letzten britischen Langstreckenschwimmen auf der Themse teil und gewann. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde sie als „feindliche Ausländerin“ in Bath interniert. Nach der Freilassung kehrte sie zurück nach London, wo sie bis zu ihrem Lebensende wohnte. Langer heiratete 1943 John Lawrence (früher Hans Liebermann), den sie seit ihrer Kindheit in Wien kannte. Gemeinsam zogen sie einen Sohn und eine Tochter groß. Langer starb in London am 2. Mai 1999.

Quellen:

Austrian Jewish swimming champion, Ruth Langer, poses with her father, Wilhelm Langer, United States Holocaust Memorial Museum, Collection, URL:

<https://collections.ushmm.org/search/catalog/pa1140539>.

Jewish Communities of Austria, Museum of the Jewish People, URL:

<https://spotlight.anumuseum.org.il/austria/personalities/>.

Ruth Langer Lawrence, 77, Who Boycotted '36 Olympics, The New York Times, URL: <https://www.nytimes.com/1999/06/06/sports/ruth-langer-lawrence-77-who-boycotted-36-olympics.html>.

Ruth Langer, Wikipedia, Deutsch, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Ruth_Langer.

Ruth Langer, Wikipedia, English, URL: [https://en.wikipedia.org/wiki/Ruth_Langer_\(swimmer\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Ruth_Langer_(swimmer)).



Klimatisierung von Blaulichteinrichtungen

Die nachstehenden Bezirksräte Franz Lindenbauer, Herwig Götschober und Johann Fromm stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 16.6.2026 folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt spricht sich für eine zeitgemäße und bedarfsgerechte Klimatisierung von Dienst- und Aufenthaltsräumen bei Blaulichtorganisationen aus.

BEGRÜNDUNG

Die Sommermonate sind in den vergangenen Jahren von einer stetigen Zunahme von Hitzetagen und längeren Hitzeperioden geprägt. Dennoch wird bei zahlreichen Bestandsgebäuden und teilweise auch bei Neubauten dem Erfordernis einer ausreichenden Klimatisierung nicht ausreichend Rechnung getragen.

Gerade bei den Blaulichtorganisationen sind Konzentrationsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft über viele Stunden hinweg unerlässlich. Überhöhte Raumtemperaturen beeinträchtigen nachweislich die Arbeitsleistung und stellen eine zusätzliche Belastung für Bedienstete dar, die bereits unter hoher körperlicher und psychischer Beanspruchung stehen. Moderne Klimatisierungssysteme leisten daher einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Dienstbetriebes.

Darüber hinaus halten sich regelmäßig auch Bürgerinnen und Bürger in den Amts- und Warteräumen der Blaulichtorganisationen auf. Insbesondere bei behördlich angeordneten Terminen oder Ladungen ist es den Betroffenen nicht möglich, auf einen anderen Zeitpunkt oder Ort auszuweichen. Angesichts zunehmender Hitzeperioden ist es daher auch im Interesse der Bevölkerung, angemessene klimatische Bedingungen in den Warte- und Parteienbereichen sicherzustellen.

Die Ausstattung der Standorte mit zeitgemäßen Klimaanlagen dient somit sowohl dem Schutz der Bediensteten als auch der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und der Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit unserer Blaulichtorganisationen.

Franz Lindenbauer
Bezirksrat

Herwig Götschober
Bezirksrat

Johann Fromm
Bezirksrat



Klimatisierung von Magistratsdienststellen

Die nachstehenden Bezirksräte Franz Lindenbauer, Renate Kolomaznik und Christian Neubauer stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 16.6.2026 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Jungstraße 15 (Wachauerhof) entsprechende Maßnahmen zu prüfen, um die Verparkung sowie die Zufahrt zur Gemeindebauanlage zu verhindern.

BEGRÜNDUNG

Anrainerinnen und Anrainer der Gemeindebauanlage in der Jungstraße 15 beschwerten sich über die dortige Situation. Häufig wird die Zufahrt durch Lieferfahrzeuge oder Privattransporter (zB für Umzüge) verparkt. Ebenfalls kommt es regelmäßig zu einer Entfernung der dort befindlichen Poller um in den Innenhof der Gemeindebauanlage einzufahren obwohl eine Zufahrt nicht zulässig ist. Durch das Parken vor den Pollern mit großen Transportern, kommt es zusätzlich häufig zu einer gleichzeitigen Verparkung des dort befindlichen Behindertenparkplatzes. Weiters wäre im Ernstfall die Zufahrt für Einsatzfahrzeuge blockiert. Die Prüfung einer besseren Lösung vor Ort wäre wünschenswert.

Der Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

Franz Lindenbauer
Bezirksrat

Renate Kolomaznik
Bezirksrat

Christian Neubauer
Bezirksrat

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Begrünung Müllraum Volkertmarkt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob der Müllraum am Volkertmarkt durch geeignete Begrünungsmaßnahmen optisch aufgewertet werden kann, und diese Begrünungsmaßnahmen gegebenenfalls umzusetzen.

Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll den Müllraum am Volkertmarkt prüfen.
Die Stadt soll den Müllraum schöner machen.
Dafür soll die Stadt Pflanzen nutzen.
Die Stadt entscheidet, ob sie die Pflanzen setzt.

Begründung:

Der Volkertplatz samt Volkertmarkt wird derzeit durch verschiedene Maßnahmen aufgewertet und stellt einen wichtigen Begegnungs- und Aufenthaltsort in der Leopoldstadt dar. Der am Platz befindliche Müllraum erfüllt zwar eine wichtige Funktion für die Abfallentsorgung, wirkt aufgrund seiner Größe und Gestaltung jedoch sehr dominant im öffentlichen Raum.

Während die seitlichen Gitterflächen des Müllraums bereits durch Rankpflanzen begrünt wurden, fehlt an der Vorderseite bislang eine vergleichbare Begrünung.

An zwei Seiten wachsen bereits Pflanzen am Gitter des Müllraums. Die Vorderseite und die Seite entlang des Volkertplatzes auf der Höhe der Ord. Nr. 1 sind derzeit jedoch nicht begrünt. Gerade dort kommen viele Menschen vorbei, wenn sie den Volkertmarkt besuchen.

Wir schlagen deshalb vor, auch die anderen beiden Seiten des Müllraums im Rahmen der Möglichkeiten zu begrünen. Dadurch sieht der Müllraum freundlicher aus und passt besser zum neugestalteten Volkertplatz.

Mit vergleichsweise geringem Aufwand könnte so die Aufenthaltsqualität erhöht und der Volkertmarkt als wichtiges Grätzlzentrum weiter aufgewertet werden.



Alt-Text: Metallgerüst mit grünem Sichtschutz und Pflanzkübel vor einem mehrstöckigen Gebäude in sonniger Straße



Alt-Text: Metallkäfig mit orangen Containern mit Werbeaufkleber

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend der Erweiterung der Fahrradständer beim Volkertmarkt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine Erweiterung der bestehenden Fahrradständer beim Volkertplatz auf der Höhe der Ord.Nr.3 und 7 zu prüfen und umzusetzen.

Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll mehr Fahrrad-Ständer am Volkertplatz bauen.
Die neuen Ständer sollen bei den Nummern 3 und 7 sein.

Begründung:

Der Volkertmarkt ist ein wichtiger Treffpunkt in der Leopoldstadt. Durch die laufende Neugestaltung des Volkertplatzes sowie die Eröffnung neuer Marktstände, wird der Markt in den kommenden Monaten zusätzlich aufgewertet und als Nahversorgungs- und Begegnungsort gestärkt.

Um die umweltfreundliche Mobilität zu stärken, sollen die bereits bestehenden Fahrradständer erweitert werden, sodass Besucher:innen ausreichend Möglichkeiten vorfinden ihr Fahrrad an einem dafür vorgesehen Ort abzustellen.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Neuorganisation Altstoffsammelcontainer Volkertmarkt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Anordnung der Altstoffsammelcontainer (Glas, Leichtverpackungen und Biomüll) am Volkertmarkt zu evaluieren und gegebenenfalls neu zu organisieren, sodass insbesondere die Altglascontainer nicht in der Mitte des Gehsteigs stehen und insgesamt eine bessere Nutzung der öffentlichen Flächen ermöglicht wird.

Antrag in leichter Sprache:

Der Volkertplatz wird gerade neugestaltet.
Dadurch soll der Platz schöner werden und mehr Platz für Menschen bieten.
Derzeit stehen die Altglascontainer auf dem Gehsteig.
Dadurch bleibt weniger Platz zum Gehen.
Wir schlagen deshalb vor zu prüfen, ob die Container anders aufgestellt werden können.
Dafür könnte der Platz bei den anderen Containern besser genutzt werden.
Auch die alte Telefonzelle könnte entfernt werden.
So entsteht mehr Platz für Fußgänger:innen und der Volkertplatz wird noch schöner.

Begründung:

Der Volkertplatz wird derzeit umfassend aufgewertet und stellt einen wichtigen Begegnungs- und Aufenthaltsort in der Leopoldstadt dar. Umso wichtiger ist eine funktionale und ansprechende Gestaltung der öffentlichen Flächen.

Derzeit befinden sich die Altglascontainer auf dem Gehsteig, wodurch die für Fußgänger:innen verfügbare Fläche eingeschränkt wird. Im Zuge der laufenden Umgestaltung des Volkertplatzes und des Volkertmarktes bietet sich die Möglichkeit, die Anordnung der Altstoffsammelcontainer neu zu evaluieren und eine Lösung zu finden, die

sowohl den Anforderungen der Abfallentsorgung als auch einer hohen Aufenthaltsqualität gerecht wird.

Insbesondere sollte geprüft werden, ob die bestehenden Flächen im Bereich der Container für Biomüll und Leichtverpackungen besser genutzt werden können, um auch die Altglascontainer dort unterzubringen. Alternativ könnte die Entfernung der derzeit nicht genutzten Telefonzelle zusätzlichen Raum für eine optimierte Anordnung der Sammelcontainer schaffen.

Durch eine Neuorganisation der Altstoffsammelstelle könnten die Wege für Fußgänger:innen verbessert, die Aufenthaltsqualität erhöht und die öffentlichen Flächen insgesamt effizienter genutzt werden.



ALT-Text: Große Metallcontainer für Mülltrennung mit farbigen Öffnungen und Beschriftungen stehen an einem Straßenrand neben parkenden Autos und Bäumen

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Rankgitter zur Begrünung der Müllsammelstelle am Volkertmarkt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob entlang der bestehenden Müllsammelstelle entlang des Volkertmarkts vis a vis der Ord. Nr. 1 und 2 Rankgitter zur optischen Aufwertung installiert werden können und diese Begrünungsmaßnahmen gegebenenfalls umzusetzen.

Antrag in leichter Sprache:

Es geht um die Müll-Sammel-Stelle am Volkertmarkt.
Die Stelle ist gegenüber von Haus Nummer 1 und 2.
Die Stadt soll prüfen, ob man Rank-Gitter aufstellen kann.
Rank-Gitter sind Gitter für Pflanzen.

Die Rank-Gitter sollen die Stelle schöner machen.
Die Stadt soll die Pflanzen anbringen, wenn es möglich ist.

Begründung:

Der Volkertmarkt wird derzeit durch verschiedene Maßnahmen aufgewertet und stellt einen wichtigen Begegnungs- und Aufenthaltsort in der Leopoldstadt dar. Allerdings wird durch die Müllsammelstelle die Aufenthaltsqualität am Markt beeinträchtigt. Durch das Anbringen von Rankgittern in den bereits bestehenden Grünflächen, könnte eine bessere Abgrenzung zwischen Müllsammelstelle und Volkertmarkt erfolgen.

Mit vergleichsweise geringem Aufwand könnte so die Aufenthaltsqualität erhöht und der Volkertmarkt als wichtiges Grätzlzentrum weiter aufgewertet werden.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend der Errichtung einer WienMobil-Radstation beim Volkertmarkt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Mag.a Ulrike Sima, wird in ihrer Rolle als Eigentümerversprecherin der Stadt Wien ersucht, die Errichtung einer WienMobil-Radstation im Umfeld des Volkertplatzes zu prüfen und umsetzen zu lassen.

Antrag in leichter Sprache:

Ulrike Sima ist Stadträtin für Stadtentwicklung und Mobilität.
Sie arbeitet für die Stadt Wien.
Die Stadt Wien besitzt die Firma WienMobil.

Ulrike Sima soll prüfen, ob eine Radstation am Volkertplatz gebaut werden kann.
Eine Radstation ist ein Ort für Fahrräder.
Sie soll den Bau der Radstation auch umsetzen lassen.

Begründung:

Der Volkertmarkt ist ein wichtiger Treffpunkt in der Leopoldstadt. Durch die laufende Neugestaltung des Volkertplatzes sowie den Rückkauf und die Sanierung mehrerer Marktstände wird der Markt in den kommenden Monaten zusätzlich aufgewertet und als Nahversorgungs- und Begegnungsort gestärkt.

Trotz seiner Bedeutung als einer der drei Märkte in der Leopoldstadt ist der Volkertmarkt vergleichsweise schwer erreichbar. Die Errichtung einer WienMobil-Radstation würde die Anbindung des Marktes verbessern, das Mobilitätsangebot erweitern und Besucher:innen ermöglichen, den Volkertmarkt einfacher und schneller zu erreichen. Damit würde die Attraktivität des Marktes weiter gesteigert und nachhaltige Mobilität im Grätzl gefördert.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Beleuchtungssituation in der Jungstraße

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.6.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die bestehende Beleuchtungssituation bei der Einfahrt zum Sigmund-Freud-Gymnasium/Städtischen Kindergarten gegenüber der Jungstraße 4 zu prüfen und Möglichkeiten zur verbesserten Ausleuchtung zu erarbeiten, um die Sauberkeit im Bezirk und das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen, da durch die aktuell mangelnde Beleuchtung hier ein dunkler und uneinsichtiger Ort besteht, der laut Anrainer:innen nachts auch immer wieder zum Urinieren in der Öffentlichkeit genutzt wird. Weiters wird ersucht eine Kostenabschätzung für entsprechende Anpassungen oder ergänzende Beleuchtungsmaßnahmen zu übermitteln.

Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll die Beleuchtung prüfen.
Es geht um die Einfahrt zum Sigmund-Freud-Gymnasium.
Der Ort liegt bei der Jungstraße 4.
Die Beleuchtung soll den Ort heller machen.
Der Ort ist jetzt dunkel und schwer zu sehen.
Die Anwohner sagen, dass dort nachts Leute öffentlich urinieren.

Die Stadt soll die Kosten für die Beleuchtung sagen.
Es geht um neue oder bessere Lampen.

Begründung:

Anrainer:innen haben uns im Rahmen der NEOS Beleuchtungsoffensive zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Leopoldstadt darauf aufmerksam gemacht, dass die Einfahrt zum Sigmund-Freud-Gymnasium/Städtischen Kindergarten gegenüber der Jungstraße 4 unzureichend ausgeleuchtet ist.

Diese Situation wirkt sich insbesondere in den Abend- und Nachtstunden negativ auf das Sicherheitsgefühl von Passant:innen und Anrainer:innen aus. Eine unzureichende Beleuchtung kann die Orientierung, die Sichtbarkeit anderer Verkehrsteilnehmer:innen sowie die allgemeine Wahrnehmung des öffentlichen Raums beeinträchtigen. Eine gezielte Verbesserung der Beleuchtung kann wesentlich dazu beitragen, die Verkehrssicherheit, die Nutzungsqualität und das subjektive Sicherheitsgefühl für alle Verkehrsteilnehmer:innen zu erhöhen.

Nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden wird durch die aktuelle Beleuchtungssituation beeinträchtigt, sondern auch die Sauberkeit im Bezirk, da die betroffene Stelle nachts auch immer wieder zum Urinieren in der Öffentlichkeit genutzt wird. Dies führt unter anderem zu Geruchsbildung.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Walk of Fem Leopoldstadt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.6.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung eines „Walk of Fem“ in der Leopoldstadt zu prüfen und umzusetzen. Als Vorbild soll das erfolgreiche Projekt im Schütze-Lihotzky-Park in Wien-Margareten dienen. Ziel ist es, auch in der Leopoldstadt einen öffentlich sichtbaren, dauerhaft verankerten Ort zu schaffen, der die vielfältigen Leistungen von Frauen aus dem Bezirk in Geschichte, Gesellschaft, Kunst, Wissenschaft und Politik würdigt und sichtbar macht. Im ersten Umsetzungsschritt soll der Fokus auf fünf bedeutende Frauen mit Bezug zur Leopoldstadt liegen. In weiterer Folge ist eine schrittweise Erweiterung um weitere wichtige weibliche Persönlichkeiten vorgesehen. Als geeigneter Standort wird die Taborstraße vorgeschlagen. Der „Walk of Fem“ könnte im Zuge der Umgestaltung der Taborstraße mit umgesetzt werden.

Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll einen Walk of Fem in der Leopoldstadt machen.
Das Projekt soll wie im Schütze-Lihotzky-Park sein.
Der Walk of Fem zeigt wichtige Frauen aus dem Bezirk.
Der Walk of Fem zeigt Frauen aus Geschichte und Kunst.
Er zeigt auch Frauen aus Wissenschaft und Politik.
Der Ort soll dauerhaft sichtbar sein.

Erster Schritt

Zuerst zeigt der Walk of Fem fünf wichtige Frauen.
Diese Frauen haben einen Bezug zur Leopoldstadt.
Später kommen weitere Frauen dazu.

Ort und Umsetzung

Der Walk of Fem soll in der Taborstraße sein.
Die Taborstraße wird gerade neu gemacht.
Der Walk of Fem kann dabei mitgemacht werden.

Begründung:

In der Leopoldstadt ist es uns ein zentrales Anliegen, die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen. Dies wird im Rahmen der Arbeitsgruppe für Benennungen auch bereits tatkräftig gelebt. Da die Möglichkeiten zur Benennung von Straßen oder Plätzen begrenzt sind, braucht es weitere, kreative Wege, um das Wirken bedeutender Frauen angemessen zu würdigen. Ein „Walk of Fem“ bietet die Chance, Frauen aus Geschichte, Gesellschaft, Kunst, Wissenschaft und Politik sichtbar zu machen – mit einem besonderen Fokus auf Persönlichkeiten mit Bezug zur Leopoldstadt. Ein Vorschlag, welche fünf Frauen im Rahmen des „Walk of Fem“ in einem ersten Schritt gewürdigt werden, könnten im Rahmen der Arbeitsgruppe für Benennungen erarbeitet werden. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Erinnerungskultur und stärkt das öffentliche Bewusstsein für die Vielfalt weiblicher Lebensrealitäten und Leistungen.



Alt-Text: Blauer Stern mit weißer Schrift auf Gehweg mit der Aufschrift 'MARGARETE SCHÜTTE-LIHOTZKY Architektin und Widerstandskämpferin 1897-2000'

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag Errichtung einer Tempo 30 Zone in der Machstraße

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Einrichtung einer Tempo 30 Zone über die gesamte Länge und in beide Fahrtrichtungen der Machstraße zu prüfen und umzusetzen.

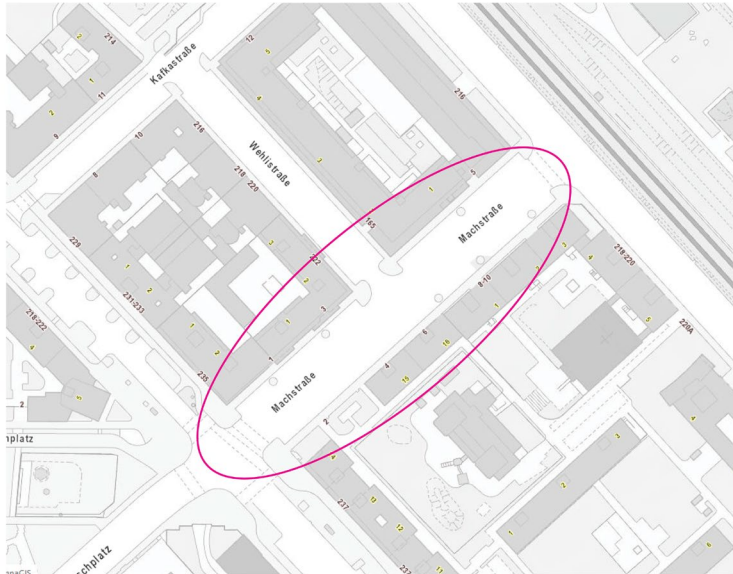
Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll prüfen, ob in der Machstraße eine Tempo 30 Zone errichtet werden kann. Die Straße ist stark befahren und es kommt oft zur Überschreitung der Geschwindigkeiten.

Begründung:

Die Machstraße ist eine starkbefahrene vierspurige Straße. Auf Grund ihrer baulichen Breite verleitet dies einige AutofahrerInnen zum Rasen, so dass es sehr oft zu Geschwindigkeitsüberschreitungen kommt. Gerade in Fahrtrichtung Elderschplatz → Handelskai.

Ebenso kommt es in Verlängerung der Wehlistraße vermehrt zu Straßenüberquerungen, da sich unmittelbar nach der Unterführung ein städtischer Kindergarten befindet. Die Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 auf 30 km/h würde maßgeblich zur Verkehrssicherheit in diesem Straßenraum beitragen.



ALT-Text: Der Kartenausschnitt markiert den oben beschriebenen Standort für eine Tempo 30 Zone mit einem roten Kreis.



ALT-Text: Das Foto zeigt die vierspurige Machstraße

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend einer “Fair im Verkehr Kampagne”

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Leopoldstadt eine Kampagne für mehr **Fairness im Verkehr** mit Schwerpunkt auf Zufußgehende, Radfahrende und E-Scooter Fahrende zu prüfen und umzusetzen.

Antrag in einfacher Sprache:

Die Stadt Wien soll prüfen, ob in der Leopoldstadt eine Kampagne für mehr Fairness im Verkehr gemacht werden kann, besonders für Fußgänger, Radfahrer und E-Scooter-Fahrer.

Begründung:

Auf Gehwegen kommt es häufig im Bereich von Engstellen oder Verkehrsinseln zur kritischen Überschneidung der Verkehrswege verschiedenster Teilnehmer:innen mit unterschiedlichsten Geschwindigkeiten. Daraus entsteht einerseits ein enormes Konfliktpotenzial und andererseits kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Andere Städte wie z.B. Basel kennzeichnen entsprechende Wegpassagen mit erhöhtem Überschneidungsaufkommen. Solch eine Zonierung / Thematisierung kann dabei helfen ein Gespür für mehr Rücksicht im Allgemeinen zu entwickeln und auch auf eine Gleichwertigkeit Aller sich im Verkehr befindenden Akteur:innen hinzuweisen.

Beispiel Fotos aus Basel:



Alt-Text:

Foto 1 zeigt ein Hinweis-Plakat mit einem rosa Dinosaurier. Er fährt auf einem blauen Fahrrad.

Der Text sagt: „Sei nicht wie er. Sei fair im Verkehr.“

Foto 2 zeigt eine gestreifte Bodenmarkierung mit Piktogrammen, die auf die besondere Vorsicht aufmerksam machen soll.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Radabstellanlagen Tandelmarktgasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.6.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, am Standort Tandelmarktgasse ggü. ONr. 11 Radabstellanlagen zu planen und in der Parkspur zu errichten. Dabei ist auf eine ausreichende Anzahl, eine barrierefreie Ausführung sowie eine sichere und platzsparende Anordnung zu achten.

Antrag in einfacher Sprache: Die Stadt Wien soll in der Tandelmarktgasse mehr Radabstellanlagen errichten. Mehr Radabstellanlagen sorgen dafür, dass Fahrräder ordentlich stehen können und keine Barrieren für Fußgänger entstehen.

Begründung

Aufgrund des Mangels an verfügbaren Abstellmöglichkeiten werden Fahrräder regelmäßig unsachgemäß abgestellt, etwa entlang des Gehsteigs oder an Stellen, die nicht dafür vorgesehen sind. Dies führt zu Barrieren für Fußgänger:innen, insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, ältere Personen sowie Eltern mit Kinderwägen.

Durch die Errichtung zusätzlicher Radabstellanlagen kann die Verkehrssicherheit erhöht, die Barrierefreiheit verbessert und der Umstieg auf das Fahrrad als nachhaltiges Verkehrsmittel weiter unterstützt werden.



ALT-TEXT:

Das Bild zeigt Fahrräder, die am Zaun rund um eine Baumscheibe abgesperrt sind.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend einer sicheren Überquerung Am Tabor in Verlängerung der Lembergstraße für Zufußgehende und Radfahrende

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine sicherere Überquerungsmöglichkeit für Zufußgehende und Radfahrende über den Straßen- und Schienenbereich Am Tabor in Verlängerung der Lembergstraße zu prüfen und umzusetzen.

Die Straßenbahn soll weiterhin Vorrang haben.

Antrag in einfacher Sprache:

Die Stadt Wien soll prüfen, ob bei der Lembergstraße / Am Tabor wie ein sicherer Übergang umgesetzt werden kann.

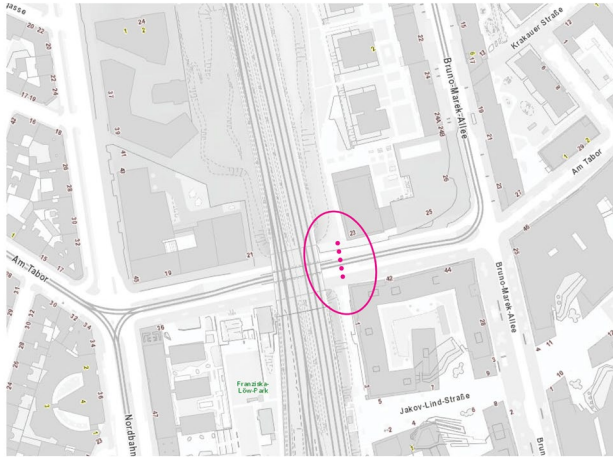
Die Straßenbahn soll weiter Vorrang haben, ein Schild „Achtung Straßenbahn“ soll auf die Gefahr aufmerksam machen.

Begründung:

Die Lembergstraße wird sowohl durch die Straße Am Tabor an sich, als auch zusätzlich durch die neuen Straßenbahngleise durchtrennt. Eine Fortführung des Weges parallel zur Bahntrasse/ Lembergstraße wurde in der Verkehrsplanung nicht berücksichtigt und stellt im Alltag ein Hindernis und eine Barriere dar.

Die Schaffung einer sicheren Überquerung - sowohl über die Gleisanlage, als auch über die beiden voneinander getrennten Fahrbahnen würde hier maßgeblich zur Verkehrssicherheit und des Nutzungskomforts beitragen.

Im Bereich der Überquerung der Gleisanlage könnte diese mittels Systemfertigteilen (siehe Beispielfoto) ausgelegt werden, um eine barrierearme Nutzung zu gewährleisten. Außerdem sollte diese mit 'Vorsicht Straßenbahn' ausreichend gekennzeichnet werden - z. B. Schild und oder Bodenmarkierung. Die Straßenbahnlinie wird weiterhin vorrangig gestellt.



ALT-Text: Der Kartenausschnitt markiert den oben beschriebenen Standort für die optimierte Überquerung mit einer roten Strichlinie und einem roten Kreis.



ALT-TEXT: Auf dem Foto sieht man Straßenbahnschienen mit Grüngleis, Poller, die zur Abgrenzung dienen, eine Fahrbahn und einen Radweg, auf dem sich ein Radfahrer befindet.



ALT-TEXT: Auf dem Foto sieht man ein Beispiel für einen Bahnschienenübergang mittels Systemelementen.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Ausweitung Altstoffsammelstellen Engerthstraße 237B und Sturgasse 6

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob der Altstoffsammelpunkt in der Engerthstraße O.Nr. 237B bzw. Sturgasse auf Höhe O.Nr. 6 um Sammelcontainer für Leichtverpackungen (Metall und Plastik) erweitert werden kann, und dies gegebenenfalls umzusetzen.

Antrag in einfacher Sprache:

Viele Menschen zwischen Machstraße und Sturgasse bringen Glasmüll zum Container in der Engerthstraße oder Sturgasse. Dort gibt es aber keinen Container für Plastikflaschen.

Daher müssen die Menschen weiter gehen. Sie können ihre Plastikflaschen erst am Elderschplatz wegwerfen.

Wir schlagen vor, dass Menschen auch in der Sturgasse und Engerthstraße ihre Plastikflaschen entsorgen können. Dann müssen sie nicht so weit gehen. Sie können ihren Müll dann auch einfacher recyceln.

Begründung:

Für viele Anrainer:innen im Gebiet zwischen Machstraße und Sturgasse stellt der Altstoffsammelpunkt in der Engerthstraße 237B bzw. Sturgasse 6 (siehe Karte) die nächstgelegene Möglichkeit zur Entsorgung von Altstoffen dar. Derzeit besteht dort jedoch nur die Möglichkeit, Glasflaschen zu entsorgen, eine Entsorgung von Leichtverpackungen wie Metall und Plastik gibt es an den beiden Sammelpunkten nicht.

Der nächstgelegene Sammelpunkt für Leichtverpackungen befindet sich am Elderschplatz und ist für viele Bewohner:innen deutlich weiter entfernt. Eine wohnortnahe Sammelmöglichkeit würde die getrennte Sammlung von Kunststoff- sowie

Metallverpackungen erleichtern und einen zusätzlichen Anreiz schaffen, Wertstoffe ordnungsgemäß zu recyceln.

Die Erweiterung des bestehenden Altstoffsammelpunkts um einen Sammelcontainer für Plastikflaschen würde somit einen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten und die Servicequalität für die Anrainer:innen verbessern.



Alt-Text: Kartenausschnitt eines Stadtgebiets mit Straßen, Gebäuden und Markierungen

Gelb = Sammelstelle Leichtverpackungen (Plastik, Metall)

Grün: Sammelstelle Glas

Braun= Sammelstelle Biomüll

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Schwerpunktaktion WasteWatchers auf Grünflächen Machstraße-Sturgasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine Schwerpunktaktion der WasteWatcher auf den Grünflächen der Wohnanlagen zwischen Machstraße, Sturgasse, Engerthstraße und Handelskai umzusetzen.

Antrag in einfacher Sprache:

Viele Menschen wohnen in den Wohnanlagen zwischen Machstraße, Sturgasse, Engerthstraße und Handelskai. Dort gibt es leider viel Müll in der Wiese.

Die Wiese ist wichtig zum Spielen, Erholen und Treffen. Viel Müll bedeutet aber, dass sich Menschen nicht wohl fühlen.

Wir schlagen deshalb vor, dass die WasteWatcher dort öfter unterwegs sind. Die WasteWatcher können schauen, dass Menschen Müll nicht in die Wiese werfen.

Begründung:

Anrainer:innen berichten regelmäßig von Vermüllung auf den Grünflächen der Wohnanlagen zwischen Machstraße, Sturgasse, Engerthstraße und Handelskai. Trotz vorhandener Abfallbehälter werden immer wieder Verpackungen, Getränkebehälter und sonstige Abfälle auf den Grünflächen zurückgelassen.

Die Grünflächen stellen wichtige Aufenthalts- und Erholungsräume für die Bewohner:innen des Grätzls dar. Eine verstärkte Präsenz bzw. Schwerpunktaktion der WasteWatcher könnte dazu beitragen, das Bewusstsein für Sauberkeit im öffentlichen Raum zu stärken, Fehlverhalten zu reduzieren und die Aufenthaltsqualität in den Wohnanlagen nachhaltig zu verbessern.

Außerdem könnte diese Schwerpunktaktion dazu beitragen, das Potenzial für weitere Maßnahmen (z.B. Ausweitung Müllinfrastruktur, etc.) vor Ort zu prüfen, um gegebenenfalls in Zukunft Anpassungen treffen zu können.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Versetzung Mülltonnen Abgang Salztorbrücke

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.6.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Möglichkeit zu prüfen, die beiden derzeit im unteren Bereich des Stiegenabgangs von der Oberen Donaustraße zum Donaukanal befindlichen Mülltonnen weiter nach rechts zu versetzen, um den Abgang offener, übersichtlicher und benutzerfreundlicher zu gestalten sowie die Durchgangsbreite zu erhöhen. Weiters wird ersucht eine Kostenabschätzung für die erforderlichen Adaptierungen zu übermitteln.

Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll eine Änderung prüfen.
Es geht um zwei Müll-Tonnen.
Die Müll-Tonnen stehen unten am Treppen-Abgang.
Der Treppen-Abgang geht von der Oberen Donau-Straße zum Donau-Kanal.

Die Müll-Tonnen sollen weiter nach rechts gestellt werden.
So wird der Treppen-Abgang offener und übersichtlicher.
Die Breite für den Durchgang wird größer.
Der Treppen-Abgang wird benutzer-Freundlicher.

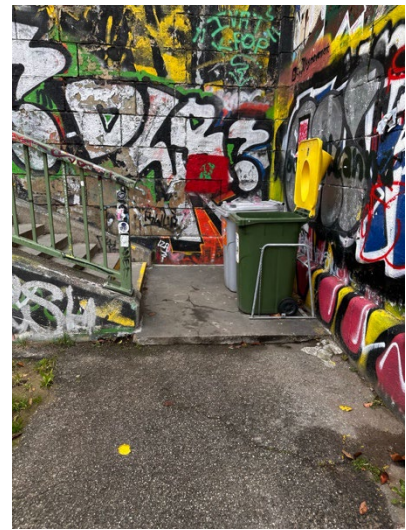
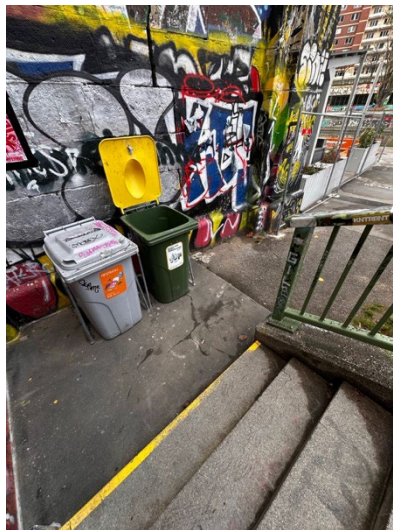
Die Stadt soll die Kosten für die Änderung schätzen.
Die Kosten-Schätzung soll übermittelt werden.

Begründung:

Der Stiegenabgang von der Oberen Donaustraße zum Donaukanal stellt eine wichtige Verbindung für Fußgänger:innen sowie für Personen mit Kinderwagen, Fahrrad, Gepäck dar. Derzeit befinden sich unmittelbar im Bereich des Abgangs zwei Mülltonnen, die den unteren Bereich des Stiegenabgangs verengen und die Offenheit des Zugangs beeinträchtigen.

Durch eine geringfügige Versetzung der Mülltonnen um etwa 1–2 Meter nach rechts könnte der Bereich deutlich freier und übersichtlicher gestaltet werden, ohne die Funktionalität der Abfallentsorgung einzuschränken.

Darüber hinaus würde eine solche Maßnahme die Barrierefreiheit des Zugangs fördern, indem Bewegungsflächen vergrößert und potenzielle Engstellen reduziert werden. Aufgrund des voraussichtlich geringen baulichen Aufwands erscheint die vorgeschlagene Adaptierung als einfache und kosteneffiziente Möglichkeit zur Verbesserung des öffentlichen Raums.



Alt-Text: Zwei Mülltonnen, eine graue mit Aufklebern und eine grüne mit offenem gelbem Deckel, stehen vor einer mit buntem Graffiti bedeckten Wand neben einer Treppe.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag betreffend Pilotprojekt zur Reduktion von illegal entsorgtem Sperrmüll

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Leopoldstadt ein Pilotprojekt zu initiieren, in dem es ermöglicht wird privaten Haushalten kostenfrei (z.B. einmal pro Jahr) eine kleinere Menge Sperrmüll direkt von zuhause / Bordsteinkante abzuholen und fachgerecht zur Entsorgung bzw. der Weiterverwertung zuzuführen.

Antrag in einfacher Sprache

Die Stadt Wien soll ein neues Projekt starten.
Das Projekt ist in Leopoldstadt.
Private Haushalte bekommen Hilfe bei Sperrmüll.
Sperrmüll ist großer Müll, den man nicht in die Tonne wirft.

Die Stadt holt Sperrmüll einmal im Jahr ab.
Die Abholung ist kostenlos.
Der Sperrmüll wird von zu Hause oder vom Straßenrand geholt.
Der Müll wird richtig entsorgt oder wiederverwertet.

Begründung:

In der Leopoldstadt kommt es leider sehr häufig zur illegalen Sperrmüll Ablagerungen im Öffentlichen Raum. Dies ist zum einen nicht nur ein optisches Problem, das zusätzlich für Passanten und im Straßenraum eine Gefährdung darstellt. Zum anderen führt es auch bei der MA48 zu einem nicht unerheblichen Mehraufwand, diese in extra Touren aufzuspüren und einzusammeln. Vorbild für ein solches Projekt könnten hier andere europäische Städte sein, die z.B. Haushalten jährlich eine einmalige kostenlose Option für haushaltsübliche Mengen bereits anbieten und hier Konzepte bereits entwickelt haben. Ziel eines solchen Projektes, wäre es den Service für die LeopoldstädterInnen zu verbessern. Nicht nur in Bezug auf den derzeit eingeschränkten Zugang zu einem Grätzlmistplatz im 2.ten Bezirk. Auch könnten hierdurch im Besten Fall Ressourcen bei der MA48 gebündelt werden und effektiver genutzt werden.



Alt-Text: Collage aus sechs Fotos mit verschiedenen ausrangierten Haushaltsgeräten und Möbeln auf Straßen und Höfen.

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag Überprüfung des Abbiegeverbots an der Wehlistraße Ecke Marathonweg

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, das Abbiegeverbot an der Wehlistraße Ecke Marathonweg zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Antrag in leichter Sprache:

Die Stadt Wien soll das Abbiegeverbot prüfen.
Das Verbot ist an der Wehlistraße und am Marathonweg.
Die Stadt soll das Verbot ändern, wenn es nötig ist.

Begründung:

Anrainer:innen haben darauf hingewiesen, dass das Abbiegeverbot laufend umgangen wird. Daher soll geklärt werden, ob das Abbiegeverbot an der Stelle aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens weiterhin notwendig ist. Falls die Notwendigkeit festgestellt wird, sollte es auch exekutiert werden.



Alt-Text: Straßenszene mit Zebrastreifen, mehreren Verkehrsschildern u.a. Abbiegeverbot



Luftaufnahme einer Kreuzung mit markiertem roten Pfeil, der eine Linksabbiegung von der Wehlistraße in den Marathonweg zeigt

Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Antrag auf Einrichtung einer Sperrfläche in der Parkbucht zur besseren Überquerung

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Einrichtung einer Sperrfläche in der Parkbucht in unmittelbarer Verlängerung der existierenden Wege am Elderschplatz an zwei Positionen zu prüfen und umzusetzen.

Antrag in einfacher Sprache:

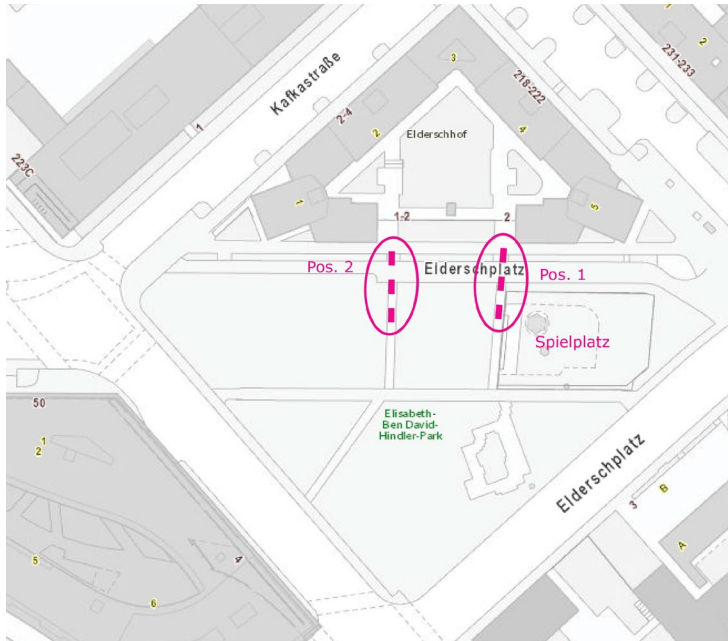
Die Stadt Wien soll prüfen, ob um den Elderschplatz die Wegeführung verbessert werden kann. Aktuell führen Gehwege direkt gegen parkende Autos. Ein direktes Weitergehen ist nicht möglich.

Begründung:

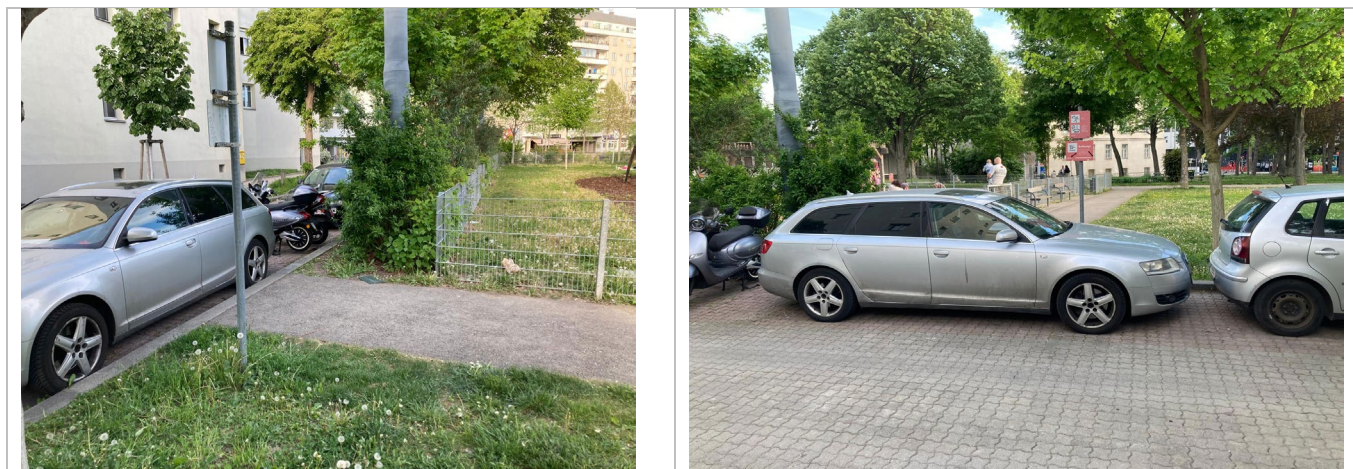
Die angelegten Wege am Elderschplatz führen an den zwei markierten Stellen in eine Sackgasse oder lassen eine Erreichbarkeit von der gegenüberliegenden Straßenseite des Gehweges überhaupt nicht zu. Grund hierfür ist die durchlaufende Parkspur.

Eine erhebliche Erleichterung der Erreichbarkeit würde eine Unterbrechung der durchgängigen Parkbucht auf eine Breite von z.B. jeweils mind. 120cm bringen, die mittels Sperrfläche gekennzeichnet werden sein könnte.

Die aktuelle Situation stellt eine erhebliche Barriere und auch Sicherheitsrisiko dar. Es ist schier unmöglich mit Kinderwagen, Laufrad, Roller und Kind/er diesen Weg zu nutzen um entweder vom Spielplatz kommend oder auch um diesen direkt zu erreichen, da die parkierenden Fahrzeuge dies verunmöglichen.



ALT-Text: Der Kartenausschnitt markiert den oben beschriebenen Standort für eine Sperrfläche mit einem roten Kreis.



ALT-Text: Die Abbildungen zeigen die Situation: ein Parkendes Auto versperrt die Überquerung. (Pos 1)

Sitzung vom 16. Juni 2026

Die unterfertigten Bezirksrät*innen von SPÖ, GRÜNE, NEOS, KPÖ und LINKS stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Verkehrsberuhigung Walcherstraße

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, bei der Kreuzung Vorgartenstraße/Walcherstraße in der Walcherstraße auf der Fahrspur in Richtung Ernst-Melchior-Gasse eine Durchfahrtssperre („französische Einbahn“) für den motorisierten Verkehr umzusetzen.

Begründung

Die Walcherstraße hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend zu einer stark belasteten Ausweichroute für den motorisierten Individualverkehr entwickelt. Insbesondere in den Stoßzeiten wird sie von Fahrzeugen genutzt, die vom Handelskai kommend die stark frequentierte Lassallestraße umfahren wollen. Dadurch entsteht ein erhebliches Verkehrsaufkommen in einer Straße, die aufgrund ihrer Breite zusätzlich zu überhöhten Geschwindigkeiten verleitet und in den Planungen des Nordbahnhofviertels immer nur als Anrainer:innenstraße gedacht war.

Besonders problematisch ist, dass die Walcherstraße zugleich ein wichtiger Schulweg für zahlreiche Kinder und Jugendliche ist. Die hohe Verkehrsbelastung und das häufige Überschreiten der zulässigen Geschwindigkeit stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wird auch dadurch unterstrichen, dass es in diesem Bereich bereits zu schweren Verkehrsunfällen gekommen ist.

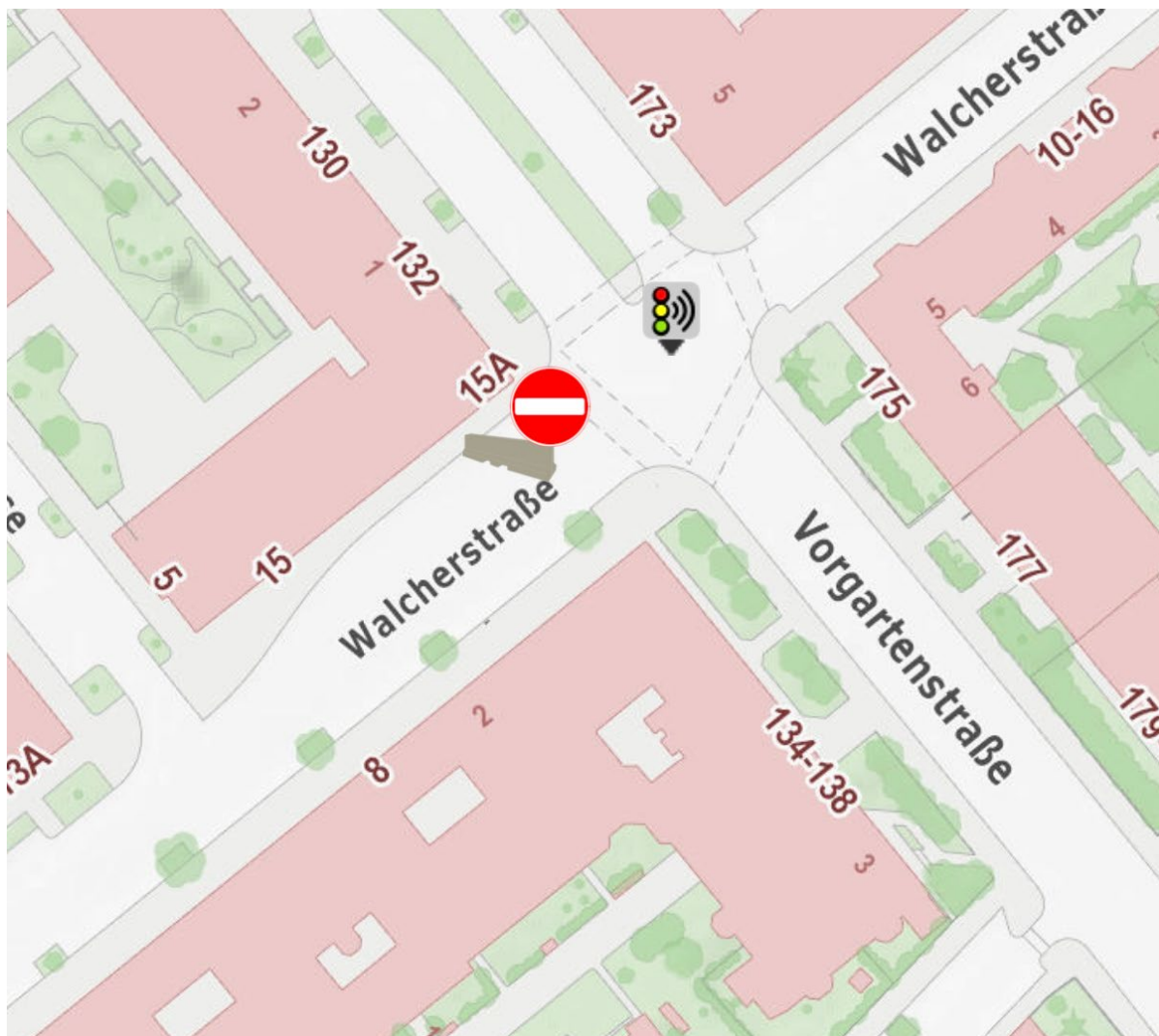
Mit der Fertigstellung der Linie 12 und der damit geschaffenen Abbiegemöglichkeit von der Vorgartenstraße in die Lassallestraße für den Anrainer:innenverkehr haben sich die verkehrlichen Rahmenbedingungen wesentlich verändert. Die bisher als Argument gegen eine Durchfahrtssperre angeführten Erreichbarkeitsprobleme der Lassallestraße aus dem nördlichen Teil des Nordbahnhofviertels sind damit entfallen. Eine einseitige Durchfahrtssperre stadteinwärts kann nun umgesetzt werden, ohne die Erschließung des Gebiets für Anrainer:innen wesentlich einzuschränken.

Negative Auswirkungen auf den Straßenbahnbetrieb sind nicht zu erwarten. Einerseits sind die bestehenden Ampelanlagen bereits auf die Bevorzugung der Straßenbahn ausgelegt, andererseits wird durch die Unterbindung des Schleichverkehrs mit einer deutlichen Reduktion des allgemeinen Verkehrsaufkommens gerechnet. Dies kann sogar zu einer Verbesserung der Betriebsqualität des öffentlichen Verkehrs beitragen.

Um rasch auf die bestehende Gefährdungssituation reagieren zu können und gleichzeitig den aktuellen budgetären Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, soll die Maßnahme in einem ersten Schritt mittels Betonleitwänden umgesetzt werden. Diese Lösung ermöglicht eine schnelle, kostengünstige und jederzeit evaluierbare Verkehrsberuhigung.

Die Wirksamkeit der Maßnahme kann anschließend beobachtet und gegebenenfalls durch dauerhafte bauliche Lösungen ergänzt werden.

Ziel der Maßnahme ist es, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, insbesondere für Schulkinder und Fußgänger:innen, den Schleichverkehr wirksam zu reduzieren und die Lebensqualität im Grätzel nachhaltig zu verbessern.



<https://www.wien.gv.at/stadtplan/>



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die Trasse Franzensbrücke-Stadionbrücke entlang des Donaukanals als Hauptradroute zu widmen.

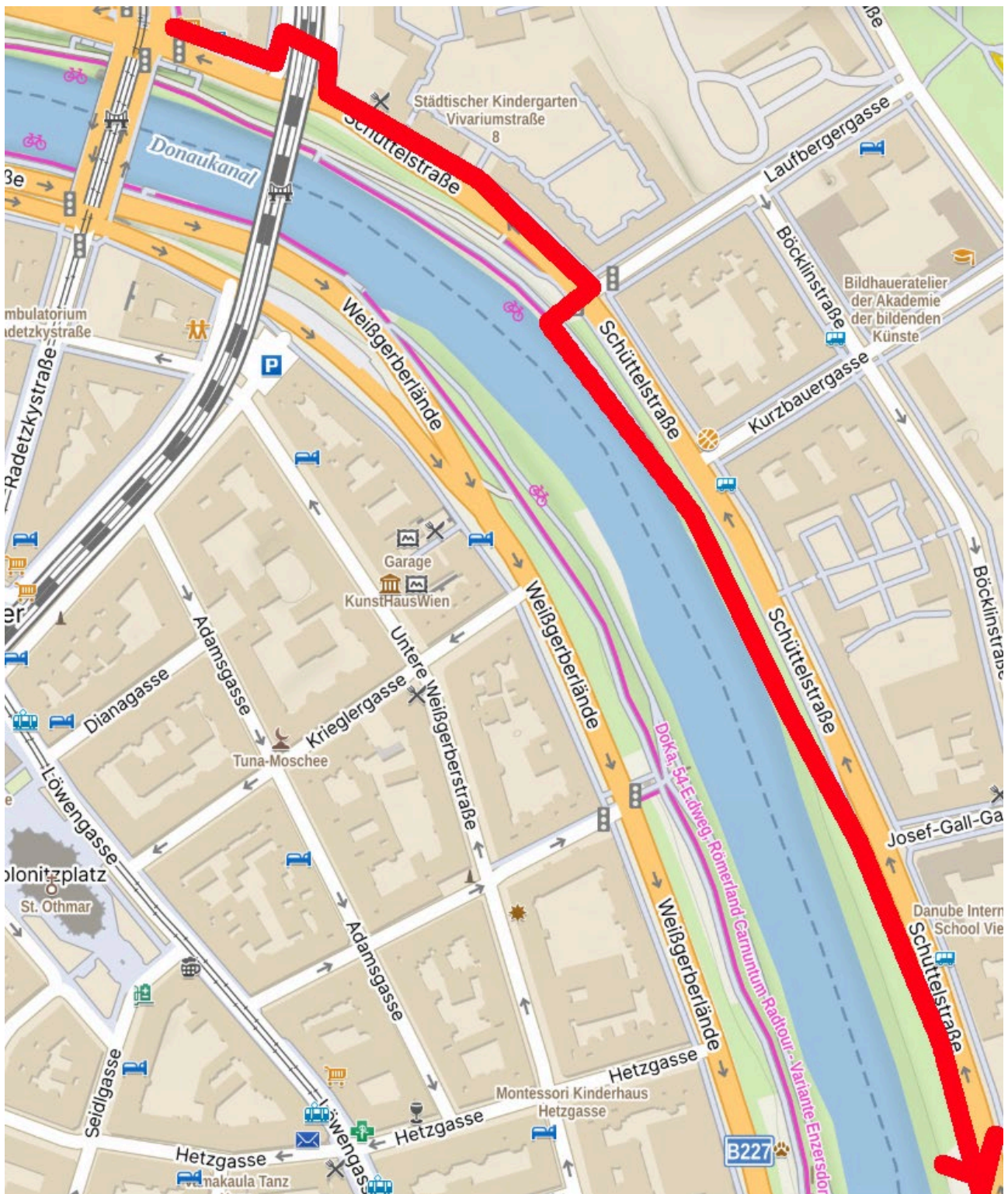
Begründung

Aktuell wird der Radweg entlang des Donaukanals auf der Bebauungsseite von der Rembrandtstraße bis zur Scholzgasse verlängert. Nach Fertigstellung werden somit von der nördlichen Bezirksgrenze bis zur Franzensbrücke entlang des Donaukanals zwei Radverbindungen zur Verfügung stehen (wasserseitig und bebauungsseitig).

Diese bilden ein wesentliches Fundament des Radverkehrsnetzes in der Leopoldstadt. Bei der Franzensbrücke enden beide Radwege dzt abrupt: Bis zur Stadionbrücke klafft eine Lücke sowohl wasser- als auch bebauungsseitig, für die es keine geeignete Umfahrung gibt. Die Schüttelstraße endet ja nicht bei der Franzensbrücke, und daher auch der Bedarf an einer Radverkehrsverbindung nicht.

Mit dem Umbau der S-Bahnbrücke über den Donaukanal ist ein neuer 6-7m breiter Durchlass dort vorgesehen. Durch diesen könnte ein Radweg Franzensbrücke-Stadionbrücke an dieser Engstelle geführt werden. Es ergibt sich somit die große Chance, die Trasse entlang des Donaukanals bis zur Stadionbrücke als Hauptradroute zu widmen. Geführt werden könnte der Radweg bei Realisierung im wesentlichen wasserseitig, damit würde kein Stellplatzverlust einhergehen und auch das Fahren wäre dort angenehmer (schattiger, kühler, ruhiger).

Mit Fertigstellung der Linie 18 wird die Stadionbrücke als umweltfreundlicher Knoten im Bezirk erheblich aufgewertet, auch aus diesem Blickwinkel wäre ein Anschluss an das hochrangige Radverkehrsnetz im Bezirk wichtig.



Nina Nöhrig – Klubobfrau



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, an der Örtlichkeit Tandelmarktgasse ONr 4 die bestehende Fahrradbügel-Abstellanlage zu verlängern.

Begründung

Die Überparkung an dieser Stelle ist extrem. Fahrräder sind in der Not an Verkehrszeichen und andere feste Gegenstände gekettet. Das sichere und legale Absperren von Fahrrädern an Fahrradbügeln ist eine wichtige Maßnahme zum Diebstahlschutz, das zeigt sich auch in der Statistik. Die Leopoldstadt als großer und doch urbaner Bezirk führt leider die Bezirks-Statistik für gestohlene Fahrräder an. Eine auffällige Ansammlung von Fahrrad-Wracks konnte an dieser Stelle nicht beobachtet werden, offensichtlich werden solche von der MA48 regelmäßig entfernt. Das rote Viereck zeigt den gewünschten Platz der Verlängerung.



Nina Nöhrig – Klubobfrau



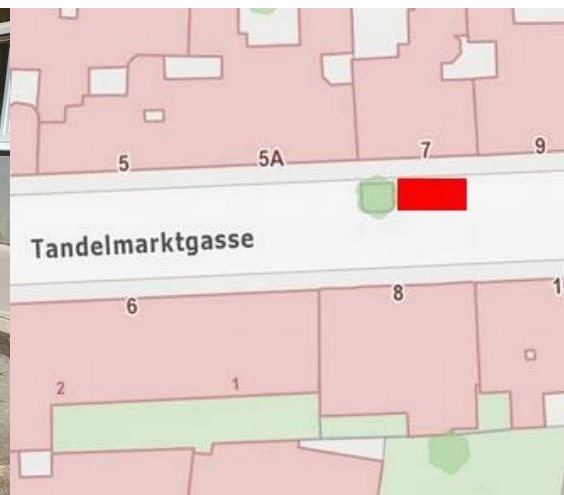
Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, an der Örtlichkeit Tandelmarktgasse ONr 7 eine Fahrradbügel-Abstellanlage in der Parkspur zu errichten, die auch für Lastenfahrräder geeignet ist.

Begründung

Die Überparkung an dieser Stelle ist extrem. Fahrräder stehen außerhalb und innerhalb des Begrenzungszaunes von Baumscheiben, an Verkehrszeichen gekettet usw. Der aktuelle Parkplatz ist direkt neben einer Haus-Ein/Ausfahrt, die Sichtbeziehung würde sich durch Radbügel erheblich verbessern. Zum Fotozeitpunkt war der Parkplatz nicht besetzt, er ist für Autos unbeliebt (schlechte Sicht und Längsparkplatz). Eine auffällige Ansammlung von Fahrrad-Wracks konnte an dieser Stelle nicht beobachtet werden, offensichtlich werden solche von der MA48 regelmäßig entfernt. Das rote Viereck zeigt den gewünschten Platz der Abstell-Anlage.



Ni-
na
Nöh
rig
-
Klub
ob-
frau



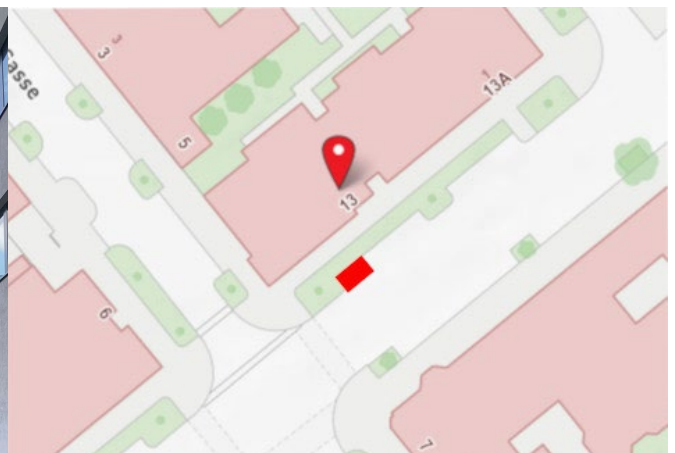
Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, an der Örtlichkeit Walcherstraße 16 in der Parkspur eine Lastenrad-taugliche Fahrrad-Abstellanlage zu errichten.

Begründung

Fahrräder hängen hier an Bäumen und Verkehrszeichen. Der erhebliche Abstellbedarf erklärt sich u.A. durch den Supermarkt an dieser Örtlichkeit, der MA40 mit Kund:innenverkehr usw. Das rote Viereck am Plan zeigt den gewünschten Platz der Aufstellung.



Nina Nöhrig – Klubobfrau



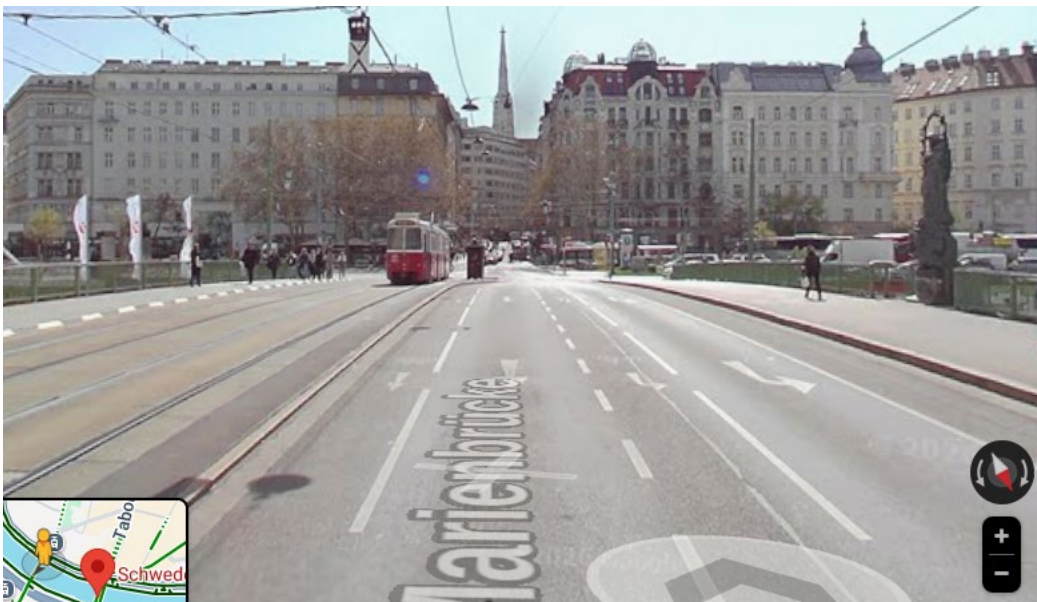
Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, auf der Marienbrücke Tempo-30 mit dem Zusatz „ausgenommen Straßenbahn“ zu verordnen.

Begründung

Auf der Marienbrücke gilt aktuell Tempo-50. Es gibt dort eine nicht-geschützte Radverkehrsanlage in Form von mehreren Radstreifen, einer davon führt sogar gegen die Fahrtrichtung des mIV, der Radverkehr ist lediglich durch eine Linie vom mIV getrennt. Entsprechend den Richtlinien der MA46 sollte es bei T50 baulich getrennte Radwege geben. Da wir davon ausgehen, dass die Radverkehrsanlage in absehbarer Zeit nicht baulich verändert wird, bietet sich Tempo-30 als einfache, billige, sichere und schnelle Lösung an. Der Zeitverlust auf der kurzen Brücke zwischen T30 und T50 ist minimal, falls überhaupt messbar.



Klubobfrau

Nina Nöhrig -



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, auf der Salztorbrücke Tempo-30 zu verordnen.

Begründung

Formal gilt auf der Salztorbrücke Tempo-50. Es gibt dort eine nicht-geschützte Radverkehrsanlage in Form 2er Mehrzweckstreifen, der Radverkehr ist lediglich durch eine Linie vom mIV getrennt. Entsprechend den Richtlinien der MA46 sollte es bei T50 baulich getrennte Radwege geben. Da wir davon ausgehen, dass die Radverkehrsanlage in absehbarer Zeit nicht baulich verändert wird, bietet sich Tempo-30 als einfache, billige, sichere und schnelle Lösung an. Der Zeitverlust auf der kurzen Brücke zwischen T30 und T50 ist minimal, falls überhaupt messbar.

Nina Nöhrig – Klubobfrau





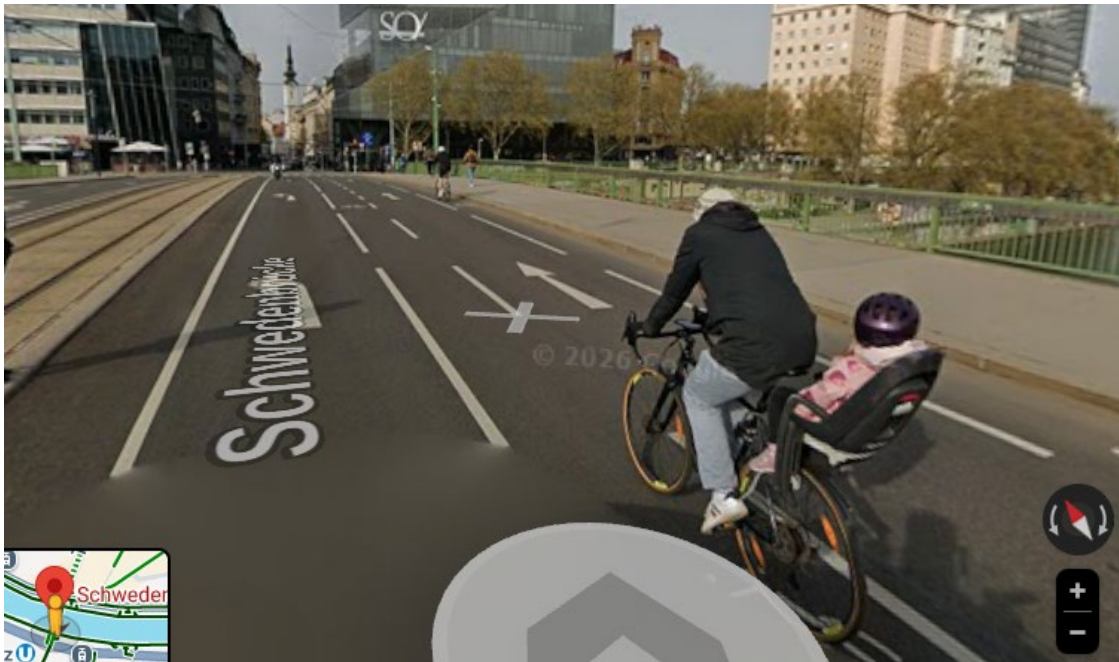
Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, auf der Schwedenbrücke Tempo-30 zu verordnen.

Begründung

Formal gilt auf der Schwedenbrücke Tempo-50. Es gibt dort eine nicht-geschützte Radverkehrsanlage in Form von mehreren Radstreifen, der Radverkehr ist lediglich durch eine Linie vom mIV getrennt. Entsprechend den Richtlinien der MA46 sollte es bei T50 baulich getrennte Radwege geben. Da wir davon ausgehen, dass die Radverkehrsanlage in absehbarer Zeit nicht baulich verändert wird, bietet sich Tempo-30 als einfache, billige, sichere und schnelle Lösung an. Der Zeitverlust auf der kurzen Brücke zwischen T30 und T50 ist minimal, falls überhaupt messbar.



Nina Nöh-
rig – Klub-

obfrau



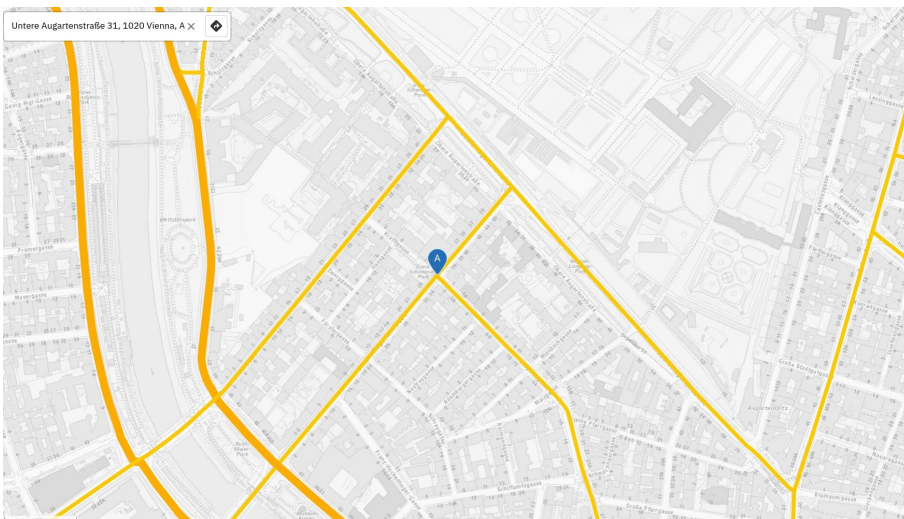
Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, an der Örtlichkeit Leopoldsgasse # Untere Augartenstraße das Zeichen "Vorrang geben" in die Untere Augartenstraße zu stellen, oder ganz entfallen zu lassen (Rechtsvorrang).

Begründung

Die Stadt Wien hat es sich zum Ziel gesetzt, dass der ÖV nur mehr in Haltestellen halten soll. Die Linie 5A hat an dieser Stelle Nachrang und verliert dabei wertvolle Zeit - dies widerspricht klar den Zielsetzungen der Stadt. Beide Straßenzüge sind an dieser Stelle als "Hauptstraße A" gewidmet und Tempo-30 verordnet, wodurch eine Änderung zugunsten des von rechts kommenden 5A auch abseits dieser Zielsetzung logisch erscheint, und auch den angestrebten Richtlinien der MA46 entspricht (kein Sondervorrang in T30-Gebieten). Vor der letzten Vorrang-Änderung gab es an dieser Stelle übrigens sehr lange einen Vorrang der Leopoldsgasse.



Nina Nöhrig – Klubobfrau



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2026 folgenden

Antrag

Radabstellanlage Franz-Hochedlinger-Gasse

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, neue Fahrradabstellanlagen im Bereich Franz-Hochedlinger-Gasse Ecke Herminengasse zu errichten.

Begründung

In dem Bereich der Kreuzung der Franz-Hochedlinger-Gasse und Herminengasse werden Fahrräder oft am Gehsteig und an Verkehrsschildern abgestellt. Dies liegt an fehlenden geeigneten Abstellanlagen in diesem Bereich. Anhand der Radbügel-Analyse der Radlobby lässt sich gut erkennen, dass sich genau an dieser Stelle eine Lücke befindet, was die Abdeckung mit Fahrradabstellanlagen betrifft.

Neue Fahrradabstellanlagen in der Parkspur der Franz-Hochedlinger-Gasse (vor ONr. 17 oder ONr. 22) würden dieses Problem entschärfen.

Laut Medienberichten ist die Leopoldstadt der Bezirk mit den meisten gemeldeten Fahrraddiebstählen wienweit. Zusätzliche Radbügel würden daher auch die Abstellsicherheit für Fahrräder in der Leopoldstadt erhöhen.

Nina Nöhrig – Klubobfrau

BR Wolfgang Kamptner

Skizze der Engstelle inklusive Maßstab



Situation in der Malzgasse 20

Auch nach der Engstelle ist die Gehsteigbreite nur bei 174cm (inklusive 30cm Bordstein) und damit unter den Richtlinien für Mindest-Gehsteigbreiten. Auf dieses Defizit wird auch im Masterplan Gehen Leopoldstadt, dem Fußverkehrskonzept für die Leopoldstadt, hingewiesen.

Dieser Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

Nina Nöhrig – Klubobfrau

BR Wolfgang Kamptner



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

Radabstellanlage Brandgasse

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, eine neue Fahrradabstellanlage im Bereich Brandgasse vor ONr. 2 zu errichten.

Begründung

In der Schüttelstraße vor ONr. 93 bis ONr. 97 werden aufgrund mangelnder Alternativen regelmäßig Fahrräder an Bäumen, Straßenlaternen und Verkehrszeichen abgestellt. Teils ragen die Fahrräder in den Gehsteig hinein.

Auf der gesamten Länge der Schüttelstraße zw. Lukschgasse und Brandgasse gibt es keinen einzigen Fahrradabstellplatz.

Neue Fahrradabstellanlagen in der Brandgasse vor ONr. 2 würden dieses Problem entschärfen.



Nina Nöhrig – Klubobfrau



Jacqueline Sinz – Bezirksrätin



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

Erweiterung Radabstellanlagen Halmgasse

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die Fahrradabstellanlagen im Bereich Halmgasse vor ONr. 1 und 2 zu erweitern.

Begründung

In der Halmgasse vor ONr. 1 und 2 wurden Fahrradabstellanlagen errichtet. Diese bestehen jeweils aus zwei Radbügeln. Es gibt dort genug Platz und vor allem Bedarf, weitere Bügel zu montieren. Gerade für Lastenräder, die aufgrund ihrer Länge oft keinen Platz an den meisten Fahrradabstellplätzen finden, wären diese zwei Standorte ideal.

Zusätzlich wäre die bestehende Bodenmarkierung zu adaptieren.



Nina Nöhrig – Klubobfrau



Jacqueline Sinz – Bezirksrätin



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

Tempo 30 in der Wittelsbachstraße

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, in der Wittelsbachstraße eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h zu verordnen. Dabei soll der Öffentliche Verkehr weiterhin T50 in der Wittelsbachstraße fahren dürfen.

Begründung

In der Wittelsbachstraße befinden sich eine Volksschule, eine Mittelschule und die Handelsschule am Bundes-Blindeninstitut, ebenso wie zwei Straßenbahnhaltestellen. Außerdem ist das Aufkommen an Fußgänger:innen dort relativ hoch, weil es sich um eine zentrale Straße des Böcklinviertels mit einigen Geschäften handelt.

Dennoch gilt in diesem Straßenzug immer noch Tempo 50. Dies stellt ein Sicherheitsrisiko für alle Verkehrsteilnehmer:innen dar, insbesondere deshalb, weil immer wieder Autofahrer:innen - von der Rotundenbrücke kommend - mit hohem Tempo in die Wittelsbachstraße einfahren.

Bis auf rund 25m nach der Kreuzung mit der Schüttelstraße haben Straßenbahn und Bus sogar eigene Gleiskörper bzw. Busspuren. Man kann daher den öffentlichen Verkehr ganz einfach von der T30-Beschränkung ausnehmen.

Dafür gibt es verschiedene Varianten.

- A) Für die gesamte Länge der Wittelsbachstraße wird Tempo 30 als erlaubte Höchstgeschwindigkeit verordnet. Inkl. Zusatztafel „ausgenommen Straßenbahn und Linienomnibusse“ (s. Foto aus 17, Alszeile)
- B) Der Grund dafür, dass es auf den ersten 25 m nach der Kreuzung mit der Schüttelstraße keinen eigenen markierten Gleiskörper gibt, dürfte darin liegen, dass ein Schanigarten in einer überbreiten Parkspur (2,5 m - ehemalige Ladezone?) aufgestellt ist.

Deshalb könnte man das Verkehrszeichen „erlaubte Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ erst 25m nach der Kreuzung mit der Schüttelstraße aufstellen. Inklusive Zusatztafel „ausgenommen Straßenbahn und Linienomnibusse“.

- C) Wenn die Überprüfung dieser überbreiten Parkspur ergibt, dass dort keine Ladezone mehr notwendig ist, soll die Parkspur verschmälert werden, wodurch es möglich ist, dass der gesamte Gleiskörper in der Wittelsbachstraße abmarkiert werden kann.

Dadurch haben die Straßenbahn und der Autobus der gesamten Länge der Wittelsbachstraße einen eigenen Gleiskörper bzw. eine eigene Busspur. Das würde es erleichtern, für die gesamte Länge der Wittelsbachstraße Tempo 30 als erlaubte Höchstgeschwindigkeit zu verordnen. Inkl. Zusatztafel „ausgenommen Straßenbahn und Linienomnibusse“.

Die MA46-Verkehrsbehörde wird daher ersucht, die 3 Varianten zu überprüfen und die sinnvollste Variante umzusetzen.



Verkehrszeichen in 17, Alszeile

Dieser Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

Nina Nöhrig – Klubobfrau

BR Wolfgang Kamptner



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

Radabstellanlagen Adambergergasse

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, Fahrradabstellanlagen im Bereich Adambergergasse vor ONr 3 und vor ONr. 4 in der Parkspur zu errichten, die auch für Lastenfahrräder geeignet ist.

Begründung

In der gesamten Adambergergasse werden aufgrund mangelnder Alternativen regelmäßig Fahrräder an Verkehrszeichen oder an die Fassade gelehnt, abgestellt. Die Durchgangsbreite für den Fußverkehr wird dadurch extrem eingeschränkt. Mit dem Errichten von Radabstellanlagen in der Parkspur wird dieses Problem zufriedenstellend gelöst.

Nina Nöhrig - Klubobfrau

Christine Fuchshuber - Bezirksrätin



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

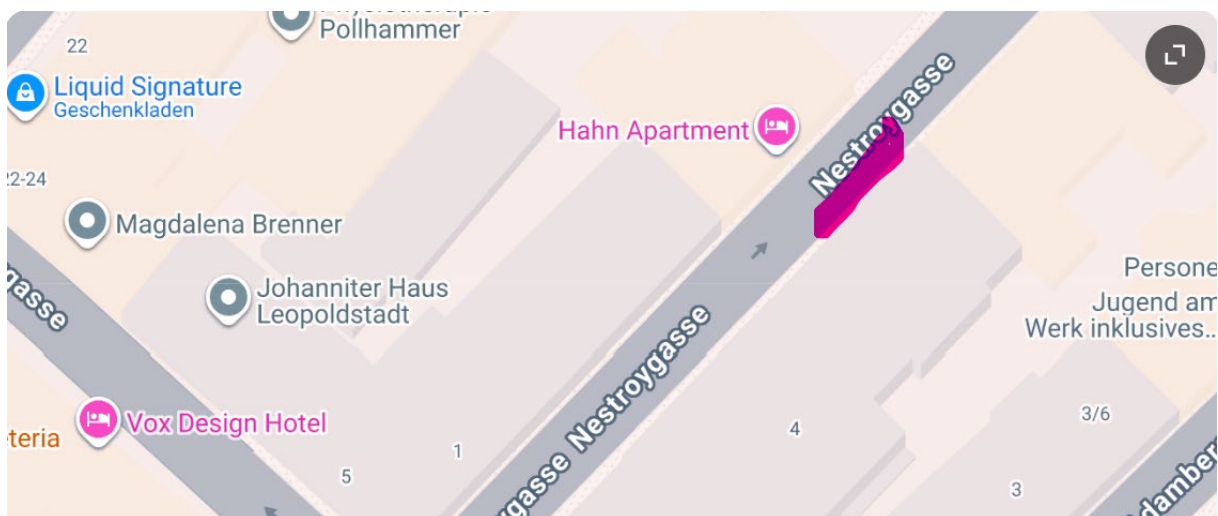
Radabstellanlage Nestroygasse

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien eine Fahrradabstellanlage im Bereich Nestroygasse 4 in der Parkspur zu errichten, die auch für Lastenfahrräder geeignet ist.

Begründung

Regelmäßig werden aufgrund mangelnder Alternativen Fahrräder an Verkehrszeichen abgestellt. Die Durchgangsbreite für den Fußverkehr wird dadurch stark verringert. Um das Problem zu lösen, sollen vor der Garagenausfahrt in Fahrtrichtung Radbügel errichtet werden. Sie bieten den zusätzlichen Vorteil der besseren Sicht bei der Garagenausfahrt.

Die markierte Stelle im Planausschnitt zeigt ca. die Örtlichkeit, an der die Radbügel errichtet werden sollen.



Nina Nöhrig - Klubobfrau

Christine Fuchshuber - Bezirksrätin



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

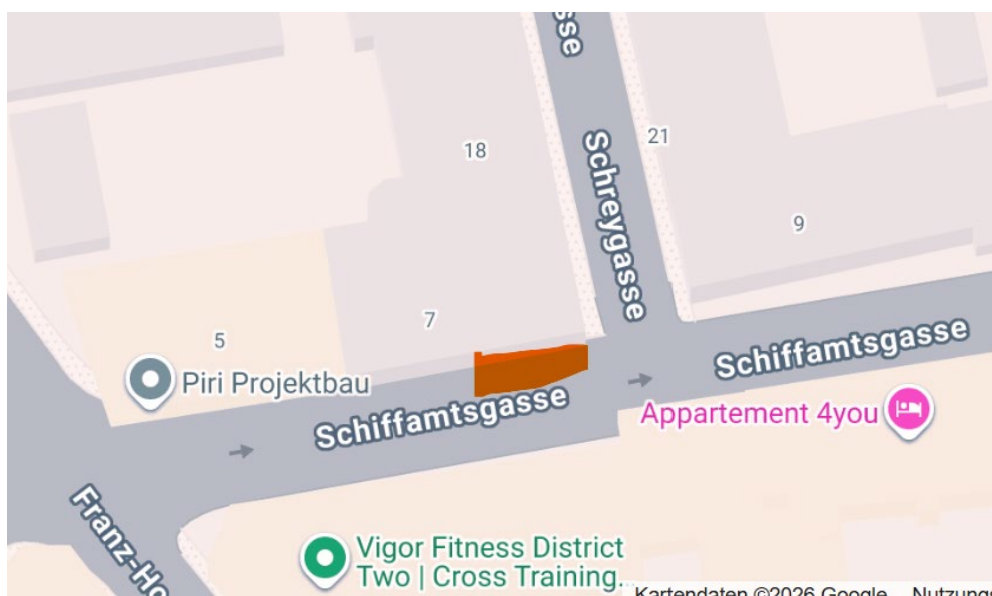
Radabstellanlagen Schiffamtsgasse

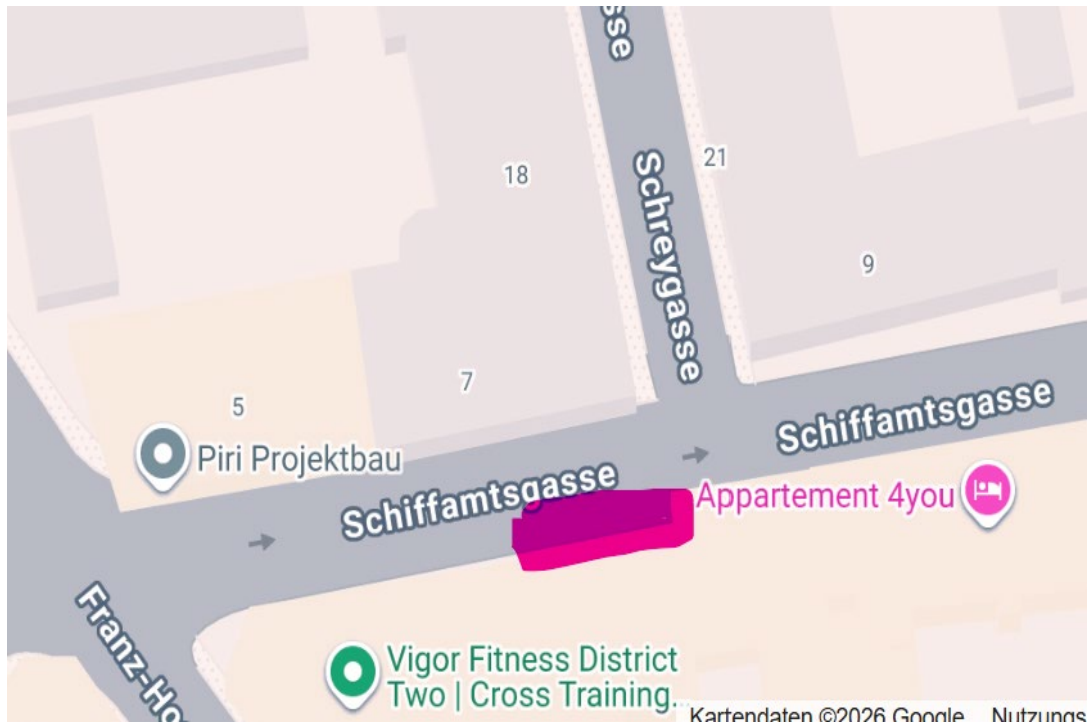
Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien jeweils eine Fahrradabstellanlage im Bereich Schiffamtsgasse ONr. 7 und ONr. 10A in der Parkspur zu errichten, die auch für Lastenfahrräder geeignet ist.

Begründung

In der Schiffamtsgasse auf Höhe der genannten ONrn. werden aufgrund mangelnder Alternativen regelmäßig Fahrräder an Verkehrszeichen abgestellt. Die Durchgangsbreite auf dem Gehsteig wird dadurch erheblich verringert. Kleinkinder auf Miniscootern sind durch die hineinragenden Fahrradlenker in Augenhöhe der Kleinkinder oftmals unnötiger Verletzungsgefahr ausgesetzt.

Die markierten Stellen im Planausschnitt zeigen die Örtlichkeiten an denen die Radbügel errichtet werden sollen.





Nina Nöhrig - Klubobfrau

Christine Fuchshuber - Bezirksrätin



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, ein Konzept für die Neugestaltung des Schulvorplatzes in der Darwingasse 14 auszuarbeiten.

Begründung

Der bestehende Schulvorplatz der Ganztagesvolksschule Darwingasse wird den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Seit dem Schuljahr 2022/23 wird die Schule als Ganztageschule geführt, verfügt aber nicht über genügend Freiflächen für einen zeitgemäßen Schulbetrieb. Ein sicher nutzbarer Schulvorplatz ohne motorisierten Verkehr könnte diesen Mangel teilweise ausgleichen und zugleich den Schulweg der Schüler:innen deutlich sicherer machen.

Die Neugestaltung sollte unter Einbeziehung von Landschaftsplaner:innen erfolgen. Gleichzeitig sind die budgetären Rahmenbedingungen zu beachten, die umfangreiche Totalumbauten in naher Zukunft unrealistisch machen. Statt eines teuren Komplettumbaus sollten daher kostengünstige Maßnahmen zur Begrünung und Verkehrsberuhigung geprüft werden, die mit wenig Aufwand viel Lebensqualität schaffen können. Auch temporäre Sperren und Begrünungsmaßnahmen sollen erprobt werden.

Die Neugestaltung sollte jedenfalls eine Unterbrechung des motorisierten Verkehrs vor dem Schulgebäude vorsehen. Nur so kann der notwendige Platz für die Schüler:innen geschaffen werden. In den Planungsprozess sollen außerdem Vertreter:innen der Eltern und Schüler:innen sowie die Anrainer:innen eingebunden werden.

Nina Nöhrig – Klubobfrau



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien zu prüfen, ob eine budgetschonende Umsetzung eines "Low-Traffic-Grätzls" im Alliiertenviertel umsetzbar ist.

Begründung

Low Traffic Grätzl (LTG) stellen eine kostengünstige Möglichkeit zur Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln dar. Durch Einbahnänderungen und Verkehrsfilter wird Durchzugsverkehr verhindert, während Anrainer:innen, Lieferdienste und Einsatzfahrzeuge weiterhin zufahren können. Der Neugewonnene Freiraum im Straßenbereich kann anschließend anderweitig genutzt werden und so die Aufenthalts- und Wohnqualität im Viertel verbessern.

Die Stadt Wien priorisiert bei der Planung von LTGs Gebiete, in denen sich ressourcenschonend und effizient Synergien mit laufenden bzw. geplanten Projekten wie Radwege-, Fernwärme- und U-Bahnausbau etc. nutzen lassen. Daher liegt es nahe, das von Stadt Wien und Wien Energie als Fernwärme-Pioniergebiet ausgewiesene Alliiertenviertel gezielt daraufhin zu prüfen, ob dort LTG-Maßnahmen umgesetzt werden können.

Idealerweise werden die Ergebnisse der Prüfung in der Verkehrskommission präsentiert und diskutiert.



0 75 150 m

Legende

 Potenzielle Low Traffic Grätzl-Grenze

Abbildung 1: Potenzielles Low Traffic Grätzl Alliiertenviertel
(Quelle: eigene Darstellung)

Nina Nöhrig – Klubobfrau
Markus Rathmayr – Bezirksrat
Janis Kremser – Bezirksrat



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

ANTRAG

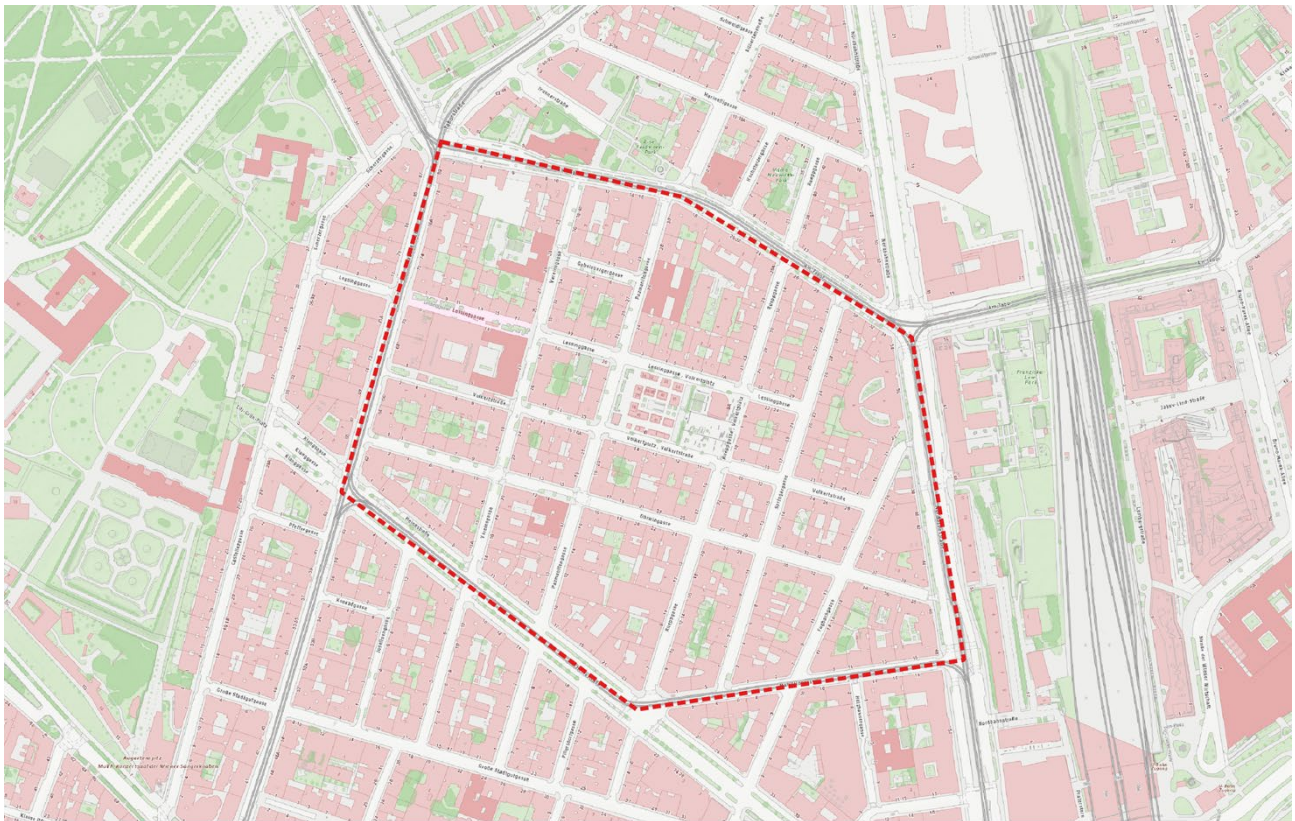
Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien zu prüfen, ob eine budgetschonende Umsetzung eines "Low-Traffic-Grätzls" im Volkertviertel umsetzbar ist.

Begründung

Low Traffic Grätzl (LTG) stellen eine kostengünstige Möglichkeit zur Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln dar. Durch Einbahnänderungen und Verkehrsfilter wird Durchzugsverkehr verhindert während Anrainer:innen, Lieferdienste und Einsatzfahrzeuge weiterhin zufahren können. Der Neugewonnene Freiraum im Straßenbereich kann anschließend anderweitig genutzt werden und so die Aufenthalts- und Wohnqualität im Viertel verbessern.

Die Stadt Wien priorisiert bei der Planung von LTGs Gebiete, in denen sich ressourcenschonend und effizient Synergien mit laufenden bzw. geplanten Projekten wie Radwege-, Fernwärme- und U-Bahnausbau etc. nutzen lassen. Daher liegt es nahe, das von Stadt Wien und Wien Energie als Fernwärme-Pioniergebiet ausgewiesene Volkertviertel gezielt daraufhin zu prüfen, ob dort LTG-Maßnahmen umgesetzt werden können.

Idealerweise werden die Ergebnisse der Prüfung in der Verkehrskommission präsentiert und diskutiert.



0 75 150 m

Legende

 Potenzielle Low Traffic Grätzl-Grenze

Abbildung 1: Potenzielles Low Traffic Grätzl Volkertviertel
(Quelle: eigene Darstellung)

Nina Nöhrig – Klubobfrau
Markus Rathmayr – Bezirksrat
Janis Kremser – Bezirksrat



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.06.2026 folgenden

Antrag

Radabstellanlage Marinelligasse#Hochstettergasse

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, neue Fahrradabstellanlagen im Bereich Marinelligasse Ecke Hochstettergasse zu errichten.

Begründung

In dem Bereich der Kreuzung der Marinelligasse und Hochstettergasse werden Fahrräder oft am Gehsteig und an Verkehrsschildern abgestellt. Dies liegt an fehlenden geeigneten Abstellanlagen in diesem Bereich. Anhand der Radbügel-Analyse der Radlobby lässt sich gut erkennen, dass sich genau an dieser Stelle eine Lücke befindet, was die Abdeckung mit Fahrradabstellanlagen betrifft.

Neue Fahrradabstellanlagen in der Parkspur der Marinelligasse (vor ONr. 14 oder ONr. 15) oder in der Hochstettergasse (vor ONr. 8 oder ONr. 5) würden dieses Problem entschärfen.

Nina Nöhrig – Klubobfrau

Janis Kremser – Bezirksrat

Kraftfahrzeug-freie Zone vor Volksschule Vorgartenstraße



Bezirksrätin Anne Glatt des Klubs LINKS stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Kraftfahrzeug-freie Gestaltung des Straßenblocks vor der Volksschule Vorgartenstraße 191 zu prüfen.

Begründung

Im 2. Bezirk wurden in den letzten Jahren viele Schulvorplätze kinderfreundlicher ausgestaltet. Eine der wenigen, bei denen dies noch nicht gemacht wurde, ist die Volksschule Vorgartenstraße 191, bei der ein Geländer vor dem Schuleingang errichtet wurde, um vor den schnell vorbeifahrenden Kraftfahrzeugen auf der Vorgartenstraße zu schützen.

Um sowohl die Aufenthaltsqualität als auch die Sicherheit der Kinder beim Erreichen der Schule zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Tretroller zu erhöhen, die z.B. aus dem Stuwert- oder Nordbahnviertel kommen, wäre es zielführend, durch bauliche Maßnahmen im Häuserblock zwischen Lassalle- und Ybbsstraße eine Kraftfahrzeug-freie Zone zu errichten. In dieser sollen nur Straßenbahn, Bus, Radfahrende, Tretroller-Fahrende und Zufußgehende verkehren dürfen (sowie natürlich Einsatzfahrzeuge). Dies würde die Querung der Vorgartenstraße bei der Ybbsstraße ebenfalls sicherer gestalten, da keine schnell fahrenden Kraftfahrzeuge aus dem Norden von der Lassallestraße zu erwarten wären. Darüber hinaus soll der Vorplatz begrünt werden.

Am Eck des Gemeindebaus bei der Kreuzung Lassallestraße/Vorgartenstraße kommt es oft zu Konflikten zwischen rechtsabbiegenden Kfz und wartenden Radfahrenden, da der Wartebereich dort zu klein ist; diese Situation würde durch die Kfz-freie Zone ebenfalls entschärft. Weiters würde die daraus resultierende Verkehrsberuhigung die Anrainer*innen an der Vorgartenstraße von Emissionen entlasten.

Die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer*innen soll für die Stadt Wien oberste Priorität sein! Kinder sollen ihren Schulweg sicher, möglichst selbstständig und klimafreundlich zurücklegen können.

Anne Glatt



Bild: Straßenblock vor der Volksschule Vorgartenstraße 191 mit Geländer vor der Fahrbahn



Bild: Fahrbahnsituation vor der Volksschule Vorgartenstraße 191

Modaler Filter Bruno-Marek-Allee



Bezirksrätin Anne Glatt des Klubs LINKS stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Bruno-Marek-Allee zwischen Am Tabor und Walcherstraße die Unterbindung des Kfz-Durchzugsverkehr zu prüfen.

Begründung

Zwischen Am Tabor und Walcherstraße besteht ein Fahrverbot für den Kfz-Verkehr auf der Bruno-Marek-Allee, ausgenommen Taxis und Busse, sowie für Benutzer*innen der Parkgarage am Nordende. Andere Kraftfahrzeuge fahren dort aber regelmäßig durch, weil es keine bauliche Beschränkung gibt. Der große Umweg, den Routenplaner (siehe Google Maps) – im Extremfall – vorgeben, verleitet dazu, das Fahrverbot zu ignorieren. Punktueller Kontrollen wären hier deshalb nicht effektiv.

Eine Entsiegelung und Begrünung dieses Betonfeldes wären ebenfalls dringend vonnöten. Dazu gibt es bereits Planungen, was wir sehr begrüßen:

„In der 4. Phase folgt eine großflächige Entsiegelung der Bruno-Marek-Allee im Abschnitt zwischen Am Tabor und Walcherstraße. Auch hier werden viele neue Bäume und Gräserbeete gepflanzt.“ [1]

Diese sind jedoch ohne konkretes Datum und es ist zu befürchten, dass die prekäre Budgetsituation der Stadt Wien und des 2. Bezirks hier zu Verzögerungen bzw. Abstrichen führt.

Als Sofortmaßnahme wäre es möglich, in diesem Straßenabschnitt Pflanztröge mit Bäumen aufzustellen, z.B. mittig auf Höhe der Jakov-Lind-Straße, um den Kfz-Durchzugsverkehr zu unterbinden. Taxis und Busse könnten weiterhin von beiden Richtungen einfahren, um Gäst*innen zu transportieren; ein Umdrehen der Fahrzeuge ist problemlos möglich (Busse können mit Front und Heck durch die breiten Gehsteige wie bisher umdrehen).

Mittelfristig soll die Fahrbahn bis auf die Zufahrt zur Parkgarage komplett entsiegelt und begrünt werden, ebenso ein Teil der überbreiten Gehsteige, um die Betonlandschaft dort zu entschärfen und das Grätzl klimafitter zu gestalten.

[1] <https://www.wien.gv.at/leopoldstadt/nordbahnhofviertel-begrueung>

Anne Glatt



Bild: Links: Abschnitt Bruno-Marek-Allee von Am Tabor - Walcherstraße, rechts: legale Umfahrung

Trans-Zebrastreifen im Zweiten



Bezirksrätin Anne Glatt des Klubs LINKS stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, an mindestens einem der folgenden Orte, die Einfärbung des Schutzwegs in den Farben der Trans-Pride-Fahne (hellblau, rosa, weiß) zu prüfen:

- Castellezgasse, Ecke Obere Augartenstraße
- Obere Augartenstraße, Höhe Castellezgasse / Kleine Pfarrgasse
- Obere Donaustraße, Höhe Floßgasse
- Ausstellungsstraße, Höhe Wohlmutstraße (U-Bahn-Ausgang „Messe – Prater“)

Sollte sich keiner dieser Orte als geeignet erweisen, soll stattdessen ein anderer Schutzweg im 2. Bezirk ausgewählt werden.

Begründung

Trans Personen kämpfen um gesellschaftliche Sichtbarkeit und Anerkennung. Sie sind im Alltag Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Nach wie vor sind die medizinischen und bürokratischen Hürden für geschlechtsangleichende Maßnahmen hoch. Mit einem Zebrastreifen in den Farben der Trans-Pride-Fahne setzen wir im Zweiten ein kleines Zeichen der Solidarität mit trans Personen, für Vielfalt und gegen Diskriminierung.

Ein Trans-Zebrastreifen würde den am Praterstern seit 2021 existierenden Regenbogen-Zebrastreifen als Zeichen für Toleranz und Vielfalt sowie gegen Diskriminierung der LGBTQIA*-Community gut ergänzen.

Anne Glatt

Erhalt des Schulhauses in der Schwarzingergasse 4



Bezirksrätin Anne Glatt des Klubs LINKS stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, das Schulhaus in der Schwarzingergasse 4 im Karmeliterviertel nicht abzureißen, sondern zu erhalten, zumindest bis eine Nachnutzung der Fläche beschlossen ist und die offenen Fragen für die Öffentlichkeit geklärt sind.

Begründung

Mit den Abbrucharbeiten des Schulhauses soll noch in diesem Sommer begonnen werden, wie Zwischenbrücken berichtete. [1] Jedoch ist für die Öffentlichkeit unklar, aus welchen Gründen genau das Gebäude abgerissen werden soll, wer die wirtschaftliche Prüfung durchgenommen hat und wer dem Gebäude einen schlechten Zustand attestiert hat. Dieses gilt es vorab zu klären.

[1] <https://zwischenbruecken.at/warum-wird-dieses-schulgebaeude-abgerissen/>

Anne Glatt